Herbst 2011

Sperre

Münsters Magazin für Arbeit, Soziales & Kultur

kostenlos!

Appel
Die Leiharbeit muss endlich gerecht geregelt und entlohnt werden

Münster fast umsonst
Die Lebenshilfebroschüre zum Herbst in 2. überarbeiteter Auflage

wohn AREAL
Die (soziale) Stadt
Wie lebt es sich am lebenswertesten Ort?

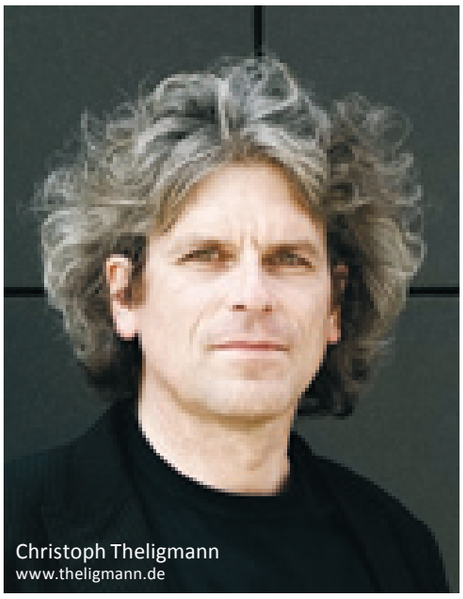
Heute auf dem Stundenplan: **Schule&Zeitung.**

Machen Sie Ihre Schüler zu Leseratten. Mit der Süddeutschen Zeitung. Sechs Wochen lang. Drucklrisch und kostenlos ins Klassenzimmer. Mit speziell entwickeltem Unterrichtsmaterial. Und mit der Sicherheit, die Medien- und Leskompetenz Ihrer Schüler zu fördern und zu stärken.

Mehr Informationen zu werdenden Leseratten bei Gabriele Jorgensen, Leiterin Jugendmarketing, Tel. 089/2183-9824. www.schule-und-zeitung.de

Seien Sie anspruchsvoll.

Süddeutsche Zeitung


Christoph Theligmann
www.theligmann.de

Editorial

Was ist real?

Das hier abgebildete Foto, ist es nicht. Beim Umblättern der Seite wird man erkennen, dass es sich um ein gemaltes Bild handelt. In der Lebenswirklichkeit ist es als Illusionsmalerei und fotorealistische Darstellung, als Giebelkunst in Münsters Gartensiedlung Weißenburg zu finden, in Auftrag gegeben von „LEG Wohnen“ und realisiert von dem Künstler Steffen Jünemann.

Wobei wir bei der Titelthematik dieser SPERRE- Ausgabe wären. Wohnungspolitik ist ein eher gering im Kurs stehendes Politikfeld. Angesichts der Diskussionen um Hartz-IV-Regelsätze auf der einen Seite, und um die von der öffentlichen Hand subventionierten Hilfen andererseits (Eigenheimpauschale, Förderung von regenerativen Energien beim Hausbau, usw.), ist die Debatte „Sozialer Wohnungsbau“ seit Jahren an den Rand gedrängt worden. Dabei ist der steigende Bedarf ebenfalls seit Jahren hinreichend bekannt. In nahezu jeder größeren Stadt gibt es zu wenig bezahlbaren Wohnraum. Das gilt auch für Münster. Zwei Artikel im Heft beschäftigen sich intensiver mit dieser Situation und deren Folgen (Seiten 7-10).

Es ist unser Wohnareal, sprich unsere Wohnfläche, auf der wir unser Leben führen.

Der oft verwendete Spruch“ My home is my castle“ (Mein Heim ist meine Burg.) ist die Interpretation eines Rechtsspruches von Edward Coke (1552-1634), der zu zum Thema „Gegen das Bewaffnetgehen“ in seiner damaligen Funktion als Generalstaatsanwalt folgendes notierte: „Es darf jemand Freunde und Nachbarn versammeln, um sein Haus gegen diejenigen zu verteidigen, welche ihn berauben oder töten oder ihm darin Gewalt antun wollen.“ Das klingt gleichsam vertraut, wenn wir in diesen Tagen die Straßenunruhen in englischen Großstädten gewahr werden. Kein Verständnis für kriminelle, verabscheuungswürdige Straftaten, doch man darf, man muss das Realitätsvermögen unserer Entscheidungsträger in Zweifel ziehen, die nicht die Fähigkeit aufbringen, jahrelang schwelende Problemlagen zu erkennen. Wenn sie diese nicht gar grob fahrlässig ignorieren. „Empört Euch“, so heißt der Buchtitel des mit 93 Jahren jüngst zum Bestsellerautor und Vorbild für die europäische Jugend gewordene Stéphane Hessel, des ehemaligen Widerstandkämpfers und Diplomaten.

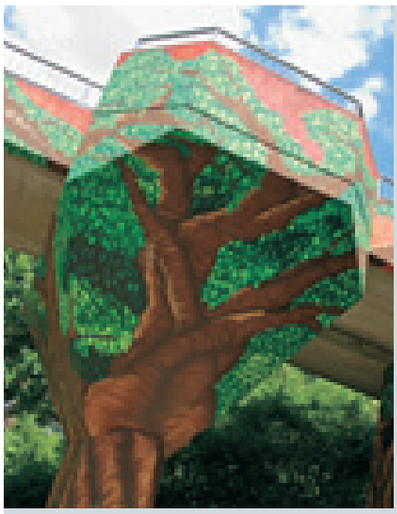
Empört euch und seid ohne Neid möge man ergänzen, wenn man die unterschiedlichen Wohnobjekte und -anlagen in Münsters Stadtgebiet fotografisch gegenüberstellt betrachtet und in den Focus nimmt (Seiten 14–17). Ohne Neid bei den monetären, mit einem Gefühl der Empörung bei den prekären Behausungen.

Eine Anekdote, die mit realer Wahrnehmung und Gegensätzen spielt:

Die Musiker und Komponisten Camille Saint-Saens (1835-1921) und Jules Massenet (1842-1912) hassten sich und verachteten die Werke des jeweils anderen. Auf die Frage, was er, Saint-Saens von seinem Rivalen und seiner Musik halte, lobte dieser jenen in den sprichwörtlich höchsten Tönen. Als man ihm erstaunt entgegenhielt, diese seine Äußerung würde doch sehr verwundern und überraschen, zumal Massenet erst kürzlich wieder einmal mehr als verächtlich über ihn, Saint-Saens, geurteilt hätte, erwiderte Saint-Saens: Massenet und er seien nach all den Jahren des Hasses und des Twistes vor nicht langer Zeit darüber einig geworden, über den jeweils anderen zukünftig nur noch genau das Gegenteil von dem zu sagen, was man eigentlich übereinander denke.

Die aufmerksame Leserschaft wird übrigens unseren Fotoredakteur beim Durchsehen dieser Ausgabe entdecken. Die ersten zehn Leute, die uns kurz mitteilen, auf welcher Heftseite sie fündig geworden sind, bekommen anschließend die Broschüre „MS – fast umsonst“ in der 2. Auflage portokostenfrei zugeschickt.

Christoph Theligmann

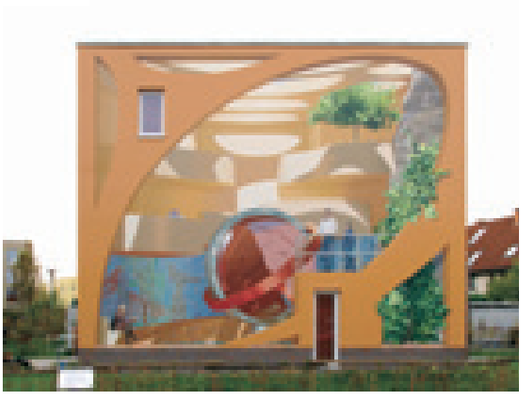


sperre_Herbst 2011

Der Gestaltung der Fußgängerbrücke über die Brüningheide (Ecke J.Beckmannstr.) in Münster – Kinderhaus ging eine Initiative der Bewohnerschaft, Verwaltung und der Politik voraus, welche die beiden Graffitisprayer Andreas Eicholt und Björn Schulz künstlerisch ausführten.

6 Zwischen Parkallee und Killingstraße

In dieser Ausgabe beschäftigen wir uns im Titelthema mit gegensätzlichem Wohnen in Münster.



Die Bilder in dieser Herbstausgabe sind bis auf wenige, einzelne, extra gekennzeichnete Ausnahmen vom Bildredakteur der SPERRE, dem Photographen Rainer Wunderlich aufgenommen und ausgewählt. Besondere Beachtung mag seine Fotostrecke erhalten, die einen Eindruck von unterschiedlichen Wohn-a-realen in ein und derselben Stadt bietet.

wohn AREAL

TITEL

ARNOLD VOSKAMP
7 Die Wohnungsbaupolitik in Münster
Das Fehlen preiswerten Wohnraums

THOMAS KOLLMANN
9 Schwierige Integration
Münster als Einwanderungsstadt

ARNOLD VOSKAMP
11 Der Münster-Pass geht in die 2. Runde
Eine Bilanz und ein Ausblick nach einem Jahr

RAINER WUNDERLICH
14 Fotostrecke
Eine zwielichtige Ansicht auf vier Seiten: Lebenswertes und der Würde bedenkliches Wohnen in der westfälischen Metropole

ZUM LEBEN ZU WENIG

WISSENSCHAFTLICHE STUDIE DER UNIVERSITÄTEN DRESDEN UND LEIPZIG
18 Elf Thesen zur Erwerbslosigkeit
Warum Arbeitslosigkeit krank macht

21 Redaktioneller Hinweis zu „MS fast umsonst“

PROF. KLAUS STOCKER
22 Unser Geld made in Brüssel
Illusionsloser Blick auf die Krise des Euros

ARBEIT UND SOZIALES

PROF. HEINER FLASSBECK
24 Die Legende vom arbeitsscheuen Südeuropäer
Hat der Grieche eine faule vom südlichen Sonnenschein unverdiente Haut?

ARNOLD VOSKAMP
26 Von der Arbeitsmarkt- zur Instrumentenreform
Bürokratisch, unausgewogen und wenig effizient

18 Arbeitslosigkeit macht krank

Die missliche und verworrene Lage erwerbsloser Menschen untersucht eine Studie verschiedener Fachrichtungen der Universitäten Dresden und Leipzig. Ihr Ergebnis positioniert in 11 Thesen.

30 Wider den Populismus

Missbrauch gibt es überall. Und die Mär von der sozialen Hängematte ist nur ein unbedeutendes Randphänomen. Populisten sehen dies allerdings ganz anders.

CARSTEN PETERS

28 Standpunkt

Eine Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaft Bundes zur Leiharbeit

KULT- TOUR

RALF WURZBACHER

30 Schaut den Menschen in die Herzen, nicht auf's Maul

Die Kehrseite von populistischen Entscheidungen

NICHT SPERRIG

REDAKTIONSTEAM

32 Tipps und Kurzmeldungen

Personalausweiskosten / Persönliches Budget / Jobcenter im Vergleich / Sobi / Private Arbeitsvermittler / Offene Redaktionssitzung / Psychotest

35 IMPRESSUM

ALLES WAS RECHT IST

ANDREAS BÜGLER

36 Urteile

Instandhaltungskosten bei Eigenheim / Fahrgeld bei Bildungsmaßnahmen / Verwertung einer Lebensversicherung / Schulbedarf / Erstattungsanspruch bei nicht zusätzlichem 1-€-Job / Widerspruch gegen 1-€-Job-Angebot / Missstandsveröffentlichung / Wohnung für unter 25-Jährige / Einkommen bei Pfändung / Medizinische Hautpflegemittel

Wenn schon alteingesessene und allzeitbekannte Einwohner Münsters wie Franz Friedrich Wilhelm Freiherr von Fürstenberg (1729-1810) die Lust auf die SPERRE-Lektüre packt, dann können wir Ihnen nur empfehlen es ihm gleichzutun: Gegen Voreinsendung von 1.45 € schicken wir Ihnen unser Vierteljahresmagazin gerne zu. Rufen Sie uns an (Tel. 0251-511.121) oder schauen Sie gleich, ganz kostenfrei vorbei (MS, Berliner Platz 8, 5. Stock).

wohn AREAL

Der Titel dieses Heftes widmet sich der Wohn– und Lebenssituation unserer Stadt. Vier Beiträge ersetzen diesmal eine längere Titelstory. Da sind zum einen die Beiträge von Thomas Kollmann und Arnold Voskamp, welche das städtewohnliche Integrationspotential beziehungsweise die Wohnungsbaupolitik beleuchten. Eine Beleuchtung ganz eigener Art ist die Fotostrecke von Rainer Wunderlich, wo wohlhabender Wohnraum mit sogenanntem armseligen neben einander gestellt wird. Oder ist es umgekehrt? Ein positives Moment von allgemein städtischer Lebenswelt ist der vor einem Jahr (wieder)eingeführte MS-Pass.

Nur wenige Menschen wollen in ihrem Nassbereich ganz ohne WC-Körper und Badewannenschüssel auskommen.

WOHNUNGSPOLITIK IST EINE DRINGENDE ÖFFENTLICHE AUFGABE

Von Arnold Voskamp

„Unser Stadtteil verfällt“. Mit einem Brandbrief hatten Thomas Kollmann vom Begegnungszentrum Sprickmannstraße und eine Reihe von weiteren Aktiven aus Kinderhaus in unserer letzten SPERRE ihre Situation in der Brüningheide beklagt und grundlegendes politisches Handeln gefordert. Zwei Drittel der etwa 1000 Wohnungen in der Kinderhauser Schleife sind betroffen. Die Eigentümer schieben einen Sanierungsbedarf vor sich her, selbst notwendige Arbeiten unterbleiben, denn außer an Mietzahlungen sind sie kaum an ihnen interessiert. Die Wohnsituation verschlechtert sich dramatisch. Weil es in Münster kaum verfügbare Wohnungen zu niedrigeren Mieten gibt, lassen sich auch Wohnungen mit höherem Renovierungsbedarf nach längerem Leerstand vermieten. In der Folge verschiebt sich die Bewohnerschaft hin zu Menschen, die kaum noch etwas zu erwarten oder zu verlieren haben. In solchen benachteiligten Gebieten wie der Brüningheide wohnen oft arme Menschen, kinderreiche Familien, Alleinerziehende, Migranten.

Vor fünf Jahren hat die damals schwarz-gelbe Landesregierung die Wohnungsgesellschaft LEG an einen globalen Kapitalanleger („Investor“) verkauft, darunter die meisten Wohnungen in der Brüningheide. Schon damals befürchteten manche Münsteraner Sozialpolitiker Nachteile für Mieter und Wohnumfeld. Dass dieser katastrophale Wandel aber so schnell und drastisch eintrat - einem Absturz gleich, das überrascht selbst Pessimisten und notorische Kapitalismuskritiker.

Die Erfahrungen aus Kinderhaus decken sich mit den Ergebnissen einer aktuellen Studie des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung („Strategien der Kommunen für ihre kommunalen Wohnungsbestände, Forschungen, Heft 145“, ▶

download unter www.bbsr.bund.de). Die Befragung untersucht, wie die Kommunen die Privatisierung, sprich den Verkauf von kommunalen Wohnungsbeständen bewerten. 2800 Städte und Gemeinden waren angeschrieben worden, jede zweite hat geantwortet, insgesamt wurden etwa 2 Millionen Wohnungen erfasst.

Eine Vielzahl der antwortenden Kommunen lieferten gleichlaute Ergebnisse. Die privaten Käufer zögen viel Geld aus den Wohnungen, steckten aber wenig rein. Die Pflege des Wohnumfeldes komme zu kurz. Die kommunale Wohnungspolitik habe kaum noch Einflussspielräume. Diese sogenannte „zweite Dividende" für externe Effekte darf nicht vernachlässigt werden. Unterschiede stellt die Studie fest zwischen dem Verkauf an private Immobilieninvestoren und dem an Wohnungsgenossenschaften oder ähnliche Institutionen.

Nur ein gutes Drittel der Kommunen wollte die Verkaufserlöse in die übrigen Wohnungen investieren. Zwei Drittel der Gemeinden hatten mit dem Geld die kommunale Finanzsituation verbessern wollen. Diese Entlastung hat längerfristig aber nur bei einem Drittel der befragten gehalten.

Beklagt wurde dagegen von einer Reihe der Kommunen, dass Gestaltungsmöglichkeiten der Wohnungspolitik, Sozialpolitik und der Stadtentwicklung verloren gegangen seien, so etwa bei der Steuerung der Unterbringung von bedürftigen Haushalten oder bei der sozialen und ökologischen Stadtbezirksentwicklung. Solche positiven externen Effekte jenseits der kurzfristigen, finanzwirtschaftlichen Rendite nennen Stadtplaner „Stadtrendite". Diese ist in den vergangenen Jahren verstärkt in den Blick gekommen und sicher auch Anlass für die beobachteten Rückgänge beim Privatisieren kommunaler Wohnungen.

Zwar waren die Kinderhauser Wohnungen im Besitz des Landes und nicht der Stadt gewesen. Die Ergebnisse lassen sich dennoch vergleichen. Der örtliche LEG-Ableger WGM hatte früher diese „Stadtrendite" im Blick. Ähnlich wie heute noch die Gesellschaften Sahle, Wohn-Sieger und Wohn- und Stadtbau, die mit zusammen einem knappen Drittel der Wohnungen in der Schleife aber gegen die allgemeine Verschlechterung nicht gegenhalten können, wie die Darstellung in der letzten Sperre gezeigt hat.

Die Entwicklung in Kinderhaus ist der Gipfel einer allgemeinen Entwicklung. So langsam wird der Wohnungsbedarf zu einem Problemberg aufgeschoben. Ein Grund sind die großen, nach einer Anlage suchenden Kapitalmengen, die Rendite erzielen wollen, aber auf Mieterinteressen und „Stadtrendite" pfeifen. So entstehen Luxusquartiere, so vernachlässigen sie die Brüningheide. Aber auch normal bezahlbare Wohnungen in gemischten Vierteln werden nach und nach aufgewertet, qualitativ und auch im Mietniveau. Damit gehen sie für Menschen im unteren Einkommensbereich verloren. Gleichzeitig steigen die Sätze im Mietspiegel, die das allgemeine Mitniveau nach oben treiben. Bezahlbare Wohnungen sind nur noch schwer zu finden.

Münster wird als eine der wenigen Städte wachsen, das wird gern gesehen. Das heißt aber mehr Einwohner, also braucht es auch mehr Wohnungen. Für Kundschaft, die hohe Rendite bringt, löst der Markt das Problem, die andern geraten immer mehr unter Druck. Entlastungen dieser Situation sind kaum zu sehen. Der entlastende soziale Wohnungsbau liegt seit langem brach. Alte Bestände fällen aus der Mietpreisbindung, in neue Sozialwohnungen wird kaum investiert.

Da wünschen wir uns größere Aktivität der Politik auf städtischer wie auf Landesebene. ■

Das Bild zeigt ein positives Beispiel gelungener Gebäudesanierung der Wohn + Stadtbau Gesellschaft

wohn AREAL

WOHNEN IN DER **EINWANDERUNGSSTADT** MÜNSTER – JA, ABER?

Von Thomas Kollmann

Im Migrationsleitbild der Stadt Münster finden sich zwei klare Leitziele:

„Unser Ziel ist es, eine ausgeglichene und selbstbestimmte (Durch-)Mischung in den Stadtteilen zu fördern, um aktiv gegen Ausgrenzungsprozesse zu arbeiten.

Wir wollen Chancengleichheit auf dem Wohnungsmarkt schaffen und Diskriminierung vermeiden."

Aktuell sind völlig gegenteilige Entwicklungen auffällig:

- Menschen mit Migrationsvorgeschichte wohnen zumeist in benachteiligten Außenstadtbereichen und sanierungsbedürftigen Großsiedlungen
- Sozialwohnraum ist nicht mehr verfügbar, was weitere Segregation (Absonderung) nach sich zieht
- Trotz gestiegener Bedarfe werden Flüchtlingsstandorte geschlossen
- In Übergangswohnheimen wie am Schwarzen Kamp und in der Trautmannsdorffstraße, aber auch in Kinderhaus-Brüningheide, ist Wohnen teilweise gesundheitsschädlich und menschenunwürdig
- Vielen Menschen mit Migrationsvorgeschichte, insbesondere Kindern und Jugendlichen, werden durch segregierte Verhältnisse Entwicklungs- und Zukunfts-Chancen genommen

Die Äußerung eines Mitglieds des Integrationsrats Münsters, dass in manchen Stadtvierteln ‚Wohnungen nach dem deutschen Reinheitsgebot vergeben werden', wirkt auf den ersten Blick provokativ. Das Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung hat jedoch mit dem Verfahren der Geburtsortecodierung eine Methode gefunden, Migrantenanteile in Stadtteilen zu erfassen. Es verwundert nicht, dass in Münster 21% Menschen mit Migrations-vorgeschichte leben. Erstaunlich ist aber schon, dass im mittlerweile gentrifizierten (http://de.wikipedia.org/wiki/Gentrifizierung) Kreuzviertel und in Mauritz die Anteile bei nur 11% bis 13% liegen, während in Coerde

48,5 %, in Berg Fidel 56,2% und in Kinderhaus-Brüningheide 69,1% Personen mit Migrationsvorgeschichte wohnen.

Wenn dann noch durch die Aufgabe von Standorten 50 Flüchtlinge nach Kinderhaus-Brüningheide ziehen müssen, werden jegliche Leitbilder Münster's konterkariert und gesamtstädtische Integrationsbestrebungen eindeutig verhindert.

So ist vom überregional als vorbildlich bezeichneten ‚Münsteraner Konzept zur dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen' aus dem Jahr 2001, an dem beispielsweise unser aktueller Oberbürgermeister Markus Lewe seinerzeit als Bezirksvorsteher Süd-Ost mitarbeitete, leider nur noch wenig übrig geblieben.

Zudem sind in den letzten Wochen in Kinder- ▶

Thomas Kollmann ist Leiter der Stadtteilarbeit im Begegnungszentrum Sprickmannstraße inmitten Kinderhaus-Brüningheide, dem größten Münsteraner Sozialwohnungsgebiet.

Wo verschiedene Menschen auf engem Raum aufeinandertreffen, sich begegnen, muss Aufmerksamkeit gegeben sein.

haus-Brüningheide 25 Wohnungen an polnische Leiharbeiter vermietet worden. Diese belegen mindestens zu fünft je eine Sozialwohnung und werden zu unterschiedlichen Tag- und Nachtzeiten zu ihren Arbeitsstellen, zumeist in der Münsteraner fleischverarbeitenden Industrie gefahren, dieses bei einem Stundenlohn von ca. 7,70 €, von denen ihnen nach Abzug der Miete und Fahrtkosten und sonstiger Abgaben (?) etwa 4,50 € verbleiben. Eine Ausbeutung im doppeltem Sinne: Überteuertes Wohnen in sanierungsbedürftigem Bestand und Ausnutzung als billige Arbeitskraft.

Es dürfte feststehen, dass die Schaffung von sozialverträglichem Wohnraum und die Instandsetzung und Sanierung von vorhandenen Wohnungsbeständen eine zentrale und vordringliche Aufgabe der Stadt Münster in den nächsten Jahren sein wird.

Münster als Marke – welche Marke?

Bedauerlicherweise ist in den letzten Jahren aufgrund fortlaufender Marketing- und Imagekampagnen für die Hochglanz-Präsentation der Innenstadt vielfach der Blick für die Realität in der Gesamtstadt Münster verloren gegangen.

Oft wurde auf einer Meta-Ebene Aktionismus betrieben, aber wie am Schwarzen Kamp oder in Kinderhaus holen die Probleme Politik und Verwaltung nun ein.

Da ist es dringend geboten, mit Hilfe der Daten zur Geburtsortecodierung neue Weichenstellungen in Jugendhilfe-, Schul- und Sozialplanung, aber auch Stadtplanung insgesamt zu stellen. Natürlich müssen Stigmatisierungen vermieden werden, aber es ist dringend geboten, das Thema endlich offensiv anzugehen. Münster als Stadt mit Zuwanderung braucht Chancengleichheit für alle hier lebenden Migranten.

Mein Dank gilt in diesem Zusammenhang den vielen Menschen mit oder ohne Migrationsvorgeschichte, die sich aktiv in Kinderhaus und darüber hinaus für eine nachhaltige Verbesserung der Wohn- und Lebensverhältnisse einsetzen. ■

Die Decke *von Bertolt Brecht*

Der Gouverneur, von mir
befragt was nötig wäre

Den Frierenden in unserer Stadt
zu helfen

Antwortete: eine Decke,
zehntausend Fuß lang

Die die ganzen Vorstädte
einfach zudeckt

wohn AREAL

Wir haben Thomas Kollmann gebeten, aktuelle Entwicklungen in Münster aus erster Hand fachlich zu beschreiben. Seine regelmäßigen Darstellungen mögen kritisch, aber gelegentlich auch hilfreich sein, um Diskussions- und Handlungsprozesse auf den Weg zu bringen. Siehe auch www.bgz-kinderhaus.de, hier findet sich ebenfalls der aktuelle Jahresbericht mit dem Titel ‚Steter Tropfen höhlt den Stein'. ■

MÜNSTER-PASS

Der Sozialpass der Stadt Münster wird ein Jahr

Von Arnold Voskamp

Dem städtischen Münster-Pass ist 2010 das geschehen, was viele für unmöglich halten: er wurde auf Erden wiedergeboren. Schon einmal hatte der Münster-Pass unter uns geweilt, von 1998 bis 2001, dann wurde er begraben. Und, oh Wunder, im letzten Sommer wurde ihm von vielen Geburtshelfern wieder auf die Welt geholfen. Ein tiefer Glaube wird eben doch belohnt, zumindest in Münster.

„Der Münsterpass ist ein Instrument, das Bedürftigen und Anbietern durchaus Entlastung verschafft", stellt auch die früher oft ablehnende CDU in ihrer Pressemitteilung vom 26.4.2011 fest. (http://www.cdu-muenster.de/index.php?ka=1&ska=1&printit=1&idn=855).

Der Münster-Pass ist also gut. Mit seiner Unterstützung können Menschen mit geringen Einkommen leichter am Leben teilhaben. Den Münster-Pass erhalten alle in Münster wohnenden Personen, die eine der folgenden Leistungen erhalten:

- Leistungen nach dem SGB II (Hartz IV),
- Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem 3.Kapitel SGB XII (Sozialhilfe),
- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem 4. Kapitel SGB XII,
- Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Der Pass bietet Vergünstigungen im Stadtbus, in Schwimmbädern, im Zoo, im Theater, in der Volkshochschule, bei vielen Sportvereinen. (Ein umfassender Überblick

findet sich auf der Internetseite von Münsters Sozialamt: http://www.muenster.de/stadt/sozialamt/muenster-pass.html)

Der Münster-Pass kommt bei den Menschen an. Die ihn haben, sind froh darum, dass das Busticket oder der Schwimmbadeintritt für sie erschwinglich ist. Sogar im Zoo, wo der Eintritt trotz Ermäßigung immer noch hoch ist, sind im Durchschnitt mehrere Münster-Pass-Besitzer pro Tag anzutreffen – die meisten allerdings an den Familientagen, wenn der Zoo Extra-Ermäßigungen für Münster-Pass-InhaberInnen anbietet.

Der Münster-Pass ist gut, das hat auch das Land NRW gemerkt. In diesem Jahr will es regionale Sozialtickets mit 15 Millionen Euro unterstützen, im kommenden Jahr mit 30 Millionen Euro. Nach einer groben Schätzung wären das über 300 000 € für Münster. Zusammen mit dem Geld der Stadt stehen damit für die Mobilität und Teilhabe von ▶

Man musste warten, bis der MS-Pass 2010 wieder eingeführt wurde. Aber immerhin: er kam dann pünktlich.

bedürftigen Menschen über eine Million Euro im Jahr zur Verfügung.

Der Münster-Pass ist gut, und er kann noch besser werden. Es gibt Menschen, die nicht mehr haben als Hartz IV, die aber bislang nicht zum Kreis der Berechtigten gehören. Außerdem kann man sich Verbesserungen bei den Angeboten vorstellen.

BERECHTIGUNG ZUM MÜNSTER-PASS

Arbeitsloseninitiativen geben bislang immer noch den „vorläufigen Münster-Pass" an weitere Menschen, die bedürftig sind, heraus. Da gibt es zwar keine verbilligten Busfahrscheine und auch andere Ermäßigungen fehlen, aber manche private Ermäßigungen kann man damit erhalten. (http://www.cuba-arbeitslosenberatung.de/pdf_pool/Merkblatt%20Muenster%20Pass.pdf)

Wie aber kann der städtische Münster-Pass anderen Menschen eine Berechtigung verschaffen, wenn ihre Einkommen nicht höher als die Hartz-IV-Bedarfe sind? Manche tun alles dafür, um nicht Hartz IV zu beziehen.

Die Frage ist, wie prüft die Stadt die Einkommenssituation nach, welche zum Bezug des Münster-Passes berechtigen soll. Manche beziehen allein oder ergänzend eine andere als die oben genannten Sozialleistungen, für die ebenfalls schon Prüfungen der Bedürftigkeit laufen, z.B. für die GEZ oder für das Kinderbildungspaket, das wäre für den Münster-Pass einfach übertragbar:

- Die Politik hat den Kinderzuschlag für bedürftige Familien im Niedriglohnbereich geschaffen, damit ihre Kinder nicht als Hartz IV-Bezieher erscheinen. Dafür gibt es eine Bedürftigkeitsprüfung analog zu den Hartz IV-Regeln.
- Personen mit kleinem Arbeitseinkommen beantragen Wohngeld statt ergänzendem Hartz IV, das Wohnungsamt überprüft die Bedürftigkeit.
- wer aus der Arbeitslosigkeit heraus eine Ausbildung aufnimmt, fällt aus dem Hartz IV-Bezug. Manche erhalten BAB oder Schüler-Bafög oder Ausbildungsgeld für Behinderte. Das berechtigt heute nicht für den Münster-Pass, aber die Bedürftigkeit wird geprüft.
- Sonderfürsorgeberechtigte nach dem Bundesversorgungsgesetz unterliegen ebenso einer Bedürftigkeitsprüfung.
- auch Krankenkassen haben ein eigenes Verfahren, nach

wohn AREAL

Der Service: Vergünstigtes Fahren zum vergünstigtem Ort.

denen bedürftige Menschen eine Zuzahlungsbefreiung erhalten, deren Zuzahlungsbefreiung kann ein Maßstab für den Münster-Pass sein.

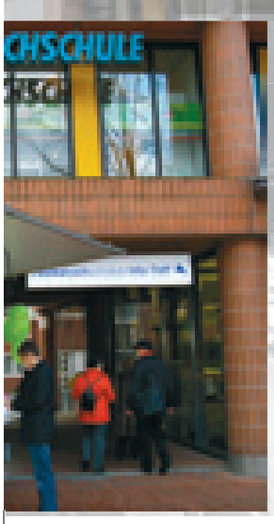
- Ebenfalls förderungswürdig sind nach unseren Vorstellungen andere Menschen mit geringen Einkommen, die das beispielsweise mit ihrer Steuererklärung belegen können oder mit einer anderen einfachen Prüfung wie einer Probeberechnung über das Wohnungsamt. Den Köln-Pass beispielsweise erhalten auch Kölnerinnen und Kölner, wenn deren Einkommen höchstens 10 % über dem Hartz IV-Bedarf liegt.

BEGÜNSTIGUNGEN MIT DEM MÜNSTER-PASS

Zu den Bustickets gibt es zweierlei Wünsche. Einmal wird gefragt, ob es neben den Monatskarten ermäßigte Einzelkarten oder Zehnerblöcke geben kann. Für manche ist eine Monatskarte zu viel. Zweitens gibt es den Wunsch, die Monatskarte so zu gestalten, dass die Benutzer nicht als Bedürftige erkennbar sind.

Bei den bisherigen Begünstigungen wird deutlich, dass 95 % der Ausgaben auf die Stadtbus-Tickets entfallen. Ein Teil dieser Kosten sind sicherlich Mitnahmeeffekte, beispielsweise übernimmt das Jobcenter bei Teilnahme an einer Maßnahme von den zu fördernden Fahrtkosten nur noch den Preis eines Abos über den Münster-Pass. Auch die Stadtwerke selbst werden vom Münster-Pass profitieren, indem zusätzliche Fahrgäste erreicht werden, die sonst keine Monatskarte gekauft hätten. Nach aktuellen, offiziellen Schätzungen wären 60 % der ermäßigten Buskarten ohne die Ermäßigung nicht gekauft worden, das sind also zusätzliche Kunden, sie bringen zusätzliche Einnahmen.

Der Münster-Pass ist gut - nun muss der Stadtrat entscheiden, wie er ihn weiterentwickelt. ■



Auch das Angebotsprogramm der Volkshochschule bietet Preisnachlässe.

Rubrik

- [ ] Wohnen/Suche
- [x] Sehnsucht
- [ ] Wohnen/Biete
- [ ] Grüße

Anzeigentext

Sie, 146 Jahre, jung geblieben, sucht leidenschaftliche Sie oder heißblütigen Ihn zum Reden, Feiern, Streiten und Kämpfen. Danach ggf. Beziehung nicht ausgeschlossen.

Tu was gegen sozialen Kahlschlag, Atomkraft, Lohndumping, Rassismus und Ungerechtigkeit. Werde Mitglied in der SPD!

Tel. (0251) 77 0 99 | eintreten@spd-muenster.de
Oder einfach den ausgefüllten Coupon einsenden an: SPD Münster, Münzstr. 15, 48143 Münster

Ja, ich möchte Mitglied der SPD werden.

Vorname, Name

Anschrift

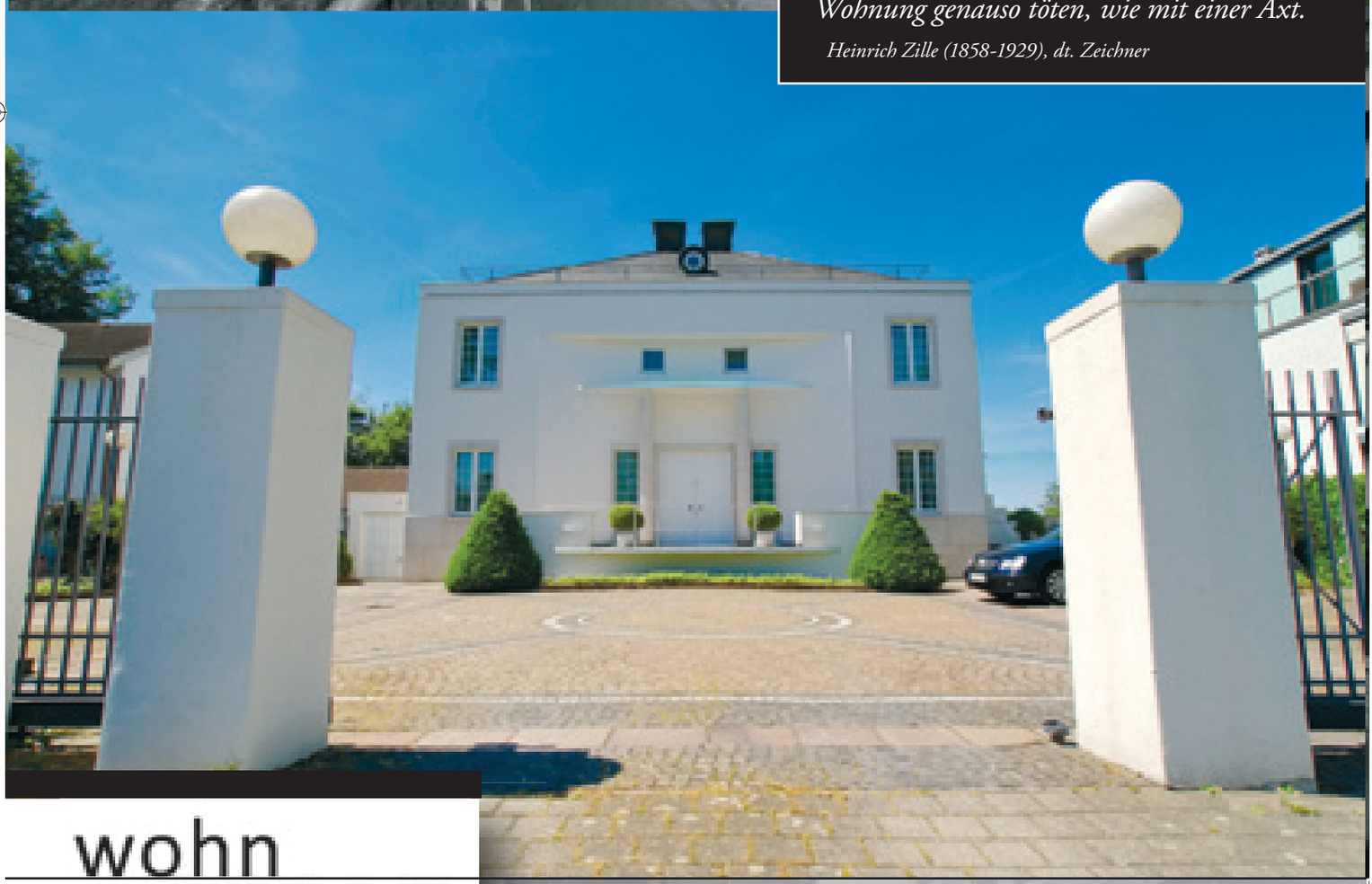
Geburtsdatum | Beruf

Telefon | E-Mail

Datum, Unterschrift

Man kann einen Menschen mit einer Wohnung genauso töten, wie mit einer Axt.

Heinrich Zille (1858-1929), dt. Zeichner



wohn
AREAL

Moderne Wohnung: Ort, wo man aufsteht, um das Radio abzustellen, und merkt, daß es das des Nachbarn ist.

Unbekannt

Wir bauen die Ruinen der Zukunft.

*Walter Ludin (*1945), schweizer Journalist*

Ich mußte wohnen, wo niemand wohnt.

Friedrich Nietzsche (1844-1900), dt. Philosoph

wohn
AREAL

Die Sozialwohnung ist ein eigener Wohnlokus mit Kochnische.

*Elmar Kupke (*1942), dt. Stadtphilosoph*

‚Wohnlich' ist der Dachs-Bau, der Bienen-Korb, der Ameisenhaufen, aber nicht die modernen Wohnungen.

Peter Altenberg (1859-1919), öster. Schriftsteller

ARBEITSLOSIGKEIT MACHT KRANK

Wissenschaftler sind alarmiert über den gesellschaftlichen Umgang mit Arbeitslosen und prekär Beschäftigten

Unter dem Motto „Gesundheitsförderung für prekär Beschäftigte und Arbeitslose“ hatte die Landesregierung Nordrhein Westfalens am 12 Juli 2011 zu einer Veranstaltung geladen, welche die psychischen und physischen Belastungen thematisierte, die Leiharbeit und Arbeitslosigkeit mit sich bringt.

WissenschaftlerInnen verschiedener Universitäten, unter ihnen Gisela Mohr von der Uni Leipzig präsentierten hierzu in Referaten und Workshops den heutigen Stand der Forschung. In einem Fazit brachte es Guntram Schneider, Landesarbeitsminister NRW so auf den Punkt: „Arbeitslosigkeit macht krank!“. Welche Forderungen sich aus den Ergebnissen der Forschung ergeben, das hat ein Verbund von WissenschaftlerInnen (u. a. Prof. Mohr) in einem Thesenpapier proklamiert:

11 Thesen des Fachbeirats zum sächsischen Gesundheitsziel „Gesundheitsförderung bei Arbeitslosen“

1. Psychisch labile Arbeitslose bedürfen professioneller Hilfe – so früh wie möglich!

Die Forschung zeigt:

Andauernde Arbeitslosigkeit macht krank! Vor allem die psychische Gesundheit wird beeinträchtigt. Eine psychische Erkrankung bedeutet den Verlust gerade der Fähigkeit, die man für den Wiedereinstieg benötigt: Selbstvertrauen....Arbeitslose haben im Vergleich zu Beschäftigten die meisten Arztkontakte und bekommen die meisten Medikamente verordnet.

2. Die Reduzierung finanzieller Mittel ist falsch!

Die Forschung zeigt:

Bereits vor über zwanzig Jahren konnte in einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung festgestellt werden, dass ein erheblicher Teil der Wiedervermittlung über das Netzwerk von Bekannten und Freunden geschieht. Dies geht nur, wenn die finanziellen Mittel auch Mobilität und Teilhabe am sozialen Leben absichern.

3. Arbeitslose können nicht mehr leisten als andere Menschen auch!

Die Forschung zeigt:

Von Arbeitslosen werden Veränderungen verlangt, die viele Menschen in stabilen Verhältnissen kaum zu leisten in der Lage sind: finanzielle Einbußen, Veränderung der Lebensführung, Veränderung zentraler Rollen (z. B. „Ernährerrolle“), Umzüge bei ungesicherter Perspektive, Trennung von der Familie.

In der Vergangenheit trugen Mannschaftssportler nur Nummern auf ihren Trikots. Eine Erfahrung, die heute Erwerbslose zur Genüge kennen.

???? Künstler ???????? ??????????????? ????

4. Viel Bewerbungen, hohe Arbeitsorientierung, starke Konzessionsbereitschaft und viel Optimismus sind falsche Forderungen an Arbeitslose!

Die Forschung zeigt:

Viele erfolglose Bewerbungen verschlechtern die psychische Gesundheit. Der Zwang zu möglichst vielen Bewerbungen beinhaltet demzufolge das Risiko, die Arbeitslosigkeit zu verlängern statt zu verkürzen! Wenig Erfolg versprechende Bewerbungen sind zu vermeiden! Arbeitslose mit einer zu hohen Arbeitsorientierung haben haben eine schlechtere psychische Gesundheit als solche mit einer mittleren Arbeitsorientierung. Arbeitslose mit einer höheren Bereitschaft zu Zugeständnissen an die Qualität der Arbeit sind als erste wieder arbeitslos. Arbeitslose, die anfangs besonders optimistisch sind, erweisen sich bei andauernder Arbeitslosigkeit als besonders depressionsgefährdet.

5. Auch Gesundheit ist ein Kriterium für den Erfolg von Maßnahmen für Arbeitslose!

Die Forschung zeigt:

Gesundheitsförderungsprogramme für Arbeitslose können nachweislich dazu beitragen, die körperlichen, psychischen und sozialen Ressourcen von Arbeitslosen zu stärken und somit ihre Handlungsfähigkeit zu erhalten. Verhaltens- und Verhältnisprävention sind sind dabei zu kombinieren.

6. Andere Formen der Arbeit sollten nicht behindert oder negativ bewertet werden, sondern als Qualifikationspotential positiv gewürdigt und untersützt werden!

Die Forschung zeigt:

Auch Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit, wie z. B. selbst organisierte Ausbildung, Qualifizierung, Kinderbetreuung, Nachbarschaftshilfe oder Ehrenamt, tragen zur gesellschaftlichen Teilhabe, Selbstvertrauen, Entwicklung von Kompetenzen bei. Sie ersetzen aber die Erwerbsarbeit nicht, da die positive Stabilisierung durch Erwerbsarbeit für die meisten Menschen größer ist als durch diese Form der Arbeit.

7. Nicht jede Erwerbsarbeit ist besser als Arbeitslosigkeit!

Die Forschung zeigt:

Arbeitslose, die in schlechte Arbeitsverhältnisse vermittelt werden, erleben keine Verbesserung der psychischen Gesundheit. Zwangsmaßnahmen sind kontraproduktiv. Es zeigt sich, dass sich vor allem selbst ausgesuchte Arbeit positiv auf die psychische Gesundheit auswirkt.

Verfasser:

Universität Leipzig: Professur für Arbeits- und Organisationspsychologie;

TU Dresden: Professur für Arbeits- und Organisationspsychologie, Professur für Methoden der Psychologie;

Universitätsklinikum Carl Gustav Carus Dresden: Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie;

Universitätsklinikum Leipzig: AöR, Selbst. Abt. für Med. Psychologie & Med. Soziologie;

Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kunst Leipzig: Fachbereich Sozialwesen.

Die unverschuldete Erwerbslosigkeit nimmt in den Jahren zu. Nur was heißt „unverschuldet“, wenn Arbeitgeber über den Köpfen der Einzelschicksale hinaus die Arbeitnehmer „freisetzen“? Stigmatisierung, „Du da!“, ist stets die Folge!

???Künstler ???wer und wo? ???? ?????????????? ????

8. Primärprävention fängt im Betrieb an: Betriebliche Arbeitsgestaltung ist Prävention von Arbeitslosigkeit!

Die Forschung zeigt:

In der Arbeit werden Kompetenzen entwickelt, sofern bestimmte Qualitätskriterien erfüllt sind: Aufgabenvielfalt, vollständige Aufgaben, klare Ziele, Rückmeldung, Kooperationsmöglichkeiten u. a. Zur Bewältigung der Arbeitslosigkeit benötigt man Kompetenzen, die man im Arbeitsleben erwerben und entwickeln kann: Umgang mit anderen Menschen, Kenntnisse bürokratischer Abläufe, Zeiteinteilung, Mitteleinteilung. Intelligente Modelle der Umverteilung der Erwerbsarbeit (z. B. Rotationsmodelle mit Frei- und Lernphasen) wirken dem Abbau von beruflichen Kompetenzen entgegen.

9. Prävention muss im Betrieb konsquent fortgeführt werden: durch Information und Hilfsangebote!

Die Forschung zeigt:

Schon die Unsicherheit um den Arbeitsplatz erzeugt eine Schwächung des Immunsystems und der psychischen Gesundheit, vor allem, weil bei unklaren Informationen Handlungsunsicherheit besteht. Daraus folgt die Notwendigkeit einer frühzeitigen und klaren Information der Betroffenen bei betrieblichen Umstrukturierungen. Betriebliche Programme, die berufliche Um- und Neuorientierung für alle Beschäftigtengruppen unterstützen, können erfolgreich verhindern, dass Arbeitslosigkeit überhaupt erst entsteht.

10. Die psychosoziale Gesundheit von Arbeitslosen zu erhalten ist ein allgemeines Präventionsziel und fängt mit der Schaffung von Bildungschancen im Kindergarten an!

Die Forschung zeigt:

Arbeitslosigkeit hat negative Effekte bis weit ins spätere Leben, auch wenn man längst wieder einen Arbeitsplatz gefunden hat. Arbeitslosigkeit und ihre Folgen sind „sozial vererbbar“: Resignation, vermindertes Selbstwertgefühl, depressive Stimmungen betreffen auch die Kinder (und Partner). Es bedarf daher an einer verbesserten Integration, die mit gleichberechtigten Bildungschancen im Kindesalter beginnt.

11. Die öffentliche Stigmatisierung von Arbeitslosen ist zurückzuweisen. Statt Arbeitslose zu diskriminieren, ist ihre Leistung bei der Bewältigung der Mängel des Arbeitsmarktes anzuerkennen!

Die Forschung zeigt:

Ein erheblicher Teil der Wiedervermittlung erfolgt über das „soziale Netz“ loser Bekanntschaften. Dies setzt voraus, dass Arbeitslose sich als solche zu erkennen geben. Vertrauen in die Fähigkeiten anderer erhöht deren Leistung. Dagegen führen negative Erwartungen zu Minderleistungen.

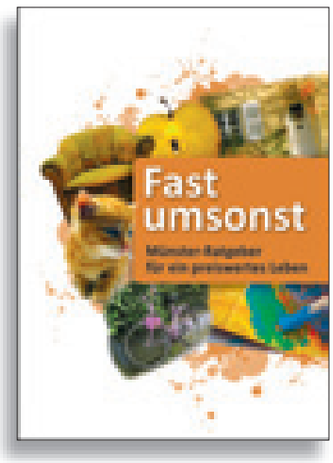
Das Buch zum Thema:

Susann Mühlpfordt, Gisela Mohr, Peter Richter (Hrsg.): Erwerbslosigkeit: Handlungsansätze zur Gesundheitsförderung

Pabst Science Publishers, erschienen 2011, mit Tabellen, kartoniert, 180 S., ISBN 978-3-89967-706-5, 15,00 €

ZWEIDEUTIG, JEDOCH EINDEUTIG HILFREICH

Im Herbst erscheint die überarbeitete Auflage von „MS-fast umsonst“



Die erste Auflage von 5.000 Exemplaren war binnen Wochen vergriffen

Eine durchaus zwielichtige Angelegenheit: Die von der Siverdes Stiftung finanzierte Broschüre wurde uns vor Monaten sprichwörtlich aus den Händen gerissen. Als der Verein „Arbeitslose brauchen Medien“ vor Monaten die Idee hatte, einen Ratgeber für Menschen mit wenig Geld herauszugeben, griffen wir eine Initiative auf, die sozial engagierte Leute in Großstädten wie Berlin, Hamburg, Frankfurt und München schon vor Jahren entwickelt hatten. Zwielichtig deshalb, weil wir die Nachfrage einer derartigen Lebenshilfe in einer allgemein als wohlhabend geltenden Stadt wie Münster nicht richtig einzuschätzen wussten: Als öffentlichkeitsinteressierter Verein freuen wir uns selbstverständlich an gesteigerter Resonanz unserer Publikationen. Auf der anderen Seite hat aber auch die Tatsache nachdenklich gestimmt, dass uns eine über die Erwartungen hinaus große Nachfrage die prekäre Lebenssituation vieler Mitbürger erneut vor Augen führt. Die angemessene Reaktion unserer Seite kann also nur lauten: Nachdrucken – die zweite Auflage! Überraschend viele Vorschläge bezüglich Ergänzungen und Verbesserungen haben unsere Redaktion in den letzten Wochen erreicht. Diese in der aktuellen Auflage aufgenommen zu haben, hoffen wir annähernd gerecht zu werden. Wobei wir natürlich unser Angebot mit der Hilfe unserer Leser lediglich als unabgeschlossenes Projekt betrachten. Erscheinen wird die zweite Auflage voraussichtlich im Oktober. (c.t.)

MALTA
Münsters ArbeitsLosenTreff Achtermannstraße

Da die Malta-Anzeige ja groß auf die Rückseite kommt brauch ich hier einen Ersatz.....???

Achtermannstr. 10 - 48153 Münster - 0251/4140553
www.maltanetz.de - malta@maltanetz.de

DER EURO IM SCHULDENTURM

Zu viele Einzelinteressen stehen einer gradlinigen Strategie im Wege

*Von Prof. Klaus Stocker **

Ebenso wenig wie der US-Dollar wegen der Fast-Pleite Kaliforniens in Gefahr ist, stellt Griechenland mit seinen unter drei Prozent Anteil am europäischen Sozialprodukt eine Gefahr für den Euro dar. Wer dies bezweifelt, möge sich die Wechselkursentwicklung ansehen. Auch eine Wiedereinführung der Drachme wäre kein Drama und wird von vielen Ökonomen als der einzig gangbare Weg gesehen, selbst wenn das alleine auch nicht alle Probleme löst. Der Fall Griechenland wird von mehreren „Mitspielern“ dieses Dramas instrumentalisiert.

Wohlstand ist auch eine Frage der Perspektive

„Wenn man die Frösche fragt, wie man am besten ihren Sumpf trocken legt, so erhält man Vorschläge zur weiteren Bewässerung“

Harald Hau, Wirtschaftswissenschaftler

Die eigeredete Angst vor dem Euro-Verfall soll zunächst einmal den Steuerzahler ruhigstellen. Europapolitiker nutzen die Krise zu dem Versuch, Brüssel mehr Einfluss zu verschaffen. Die Transferempfängerländer, inzwischen die deutliche Mehrheit in der EU wie in der Eurozone, wollen einen Präzedenzfall auf Hilfsanspruch im Falle selbstverschuldeter Finanzkrisen durchsetzen und damit die ohnehin nicht eingehaltenen strengen Euro-Regeln auch formell außer Kraft setzen.

Die Banken hoffen darauf, dass der eherne Zusammenhang zwischen Rendite und Risiko durch staatliche Hilfsgarantien und den Aufkauf von Schrottpapieren durch die EZB außer Kraft gesetzt wird und sie weiterhin mit Schuldverschreibungen mit zehn Prozent Zins und null Risiko handeln können.

Der IWF wiederum baut unbeirrt auf seine schon oft kritisierte Ideologie einer Schonung

Private Gläubiger sollen sich auf freiwilliger Basis an der Umschuldung Griechenlands beteiligen. Dies beschlossen die europäischen Staats- und Regierungschefs auf einer Ihrer zahlreichen Treffen. Das Signal an die gemeinen Steuerzahler, nicht die ganze finanzielle Last zu schultern, entpuppt sich aber als haltlos. Denn zuvor hatten die privaten Gläubiger 50 Prozent ihrer griechischen Anleihen bereits abgeschrieben – die mit der Politik vereinbarte freiwillige Abschreibungsquote liegt bei nur 21 Prozent. Alte Anleihen werden gegen neue getauscht, deren Ausfallrisiko von neuen Garantien des Europäischen Rettungsfonds (EFSF) übernommen wird. Unterm Strich ist die Vereinbarung zwischen Politik und Finanzwirtschaft demnach ein dickes Geschäft mit einem satten Plus für letztgenannte. Da fragt man sich, wen die Politiker eigentlich repräsentieren: Das Gemeinwohl oder doch eher wirtschaftlichen Einzelinteressen? (c.t.)

der Finanzinvestoren bei maximaler Belastung der Bürger. Gleichzeitig soll durch Verbalakrobatik den Ratingagenturen verboten werden, das zu sagen, was die Spatzen von den Dächern pfeifen: Griechenland ist pleite. (Wenn das übrigens der Anlass für die beabsichtigte Gründung einer europäischen Ratingagentur ist, dann sollte man diese Idee besser vergessen.)

Dass es nicht hilft, wenn man ökonomische Grundgesetzte einfach nicht wahrhaben möchte, soll hier nicht vertieft werden. Was hier aber besonders schmerzlich sichtbar wird, ist das Demokratiedefizit, der Mangel an politischer Legitimation derer, die hier auf der Kommandobrücke mal links, mal rechts schreien, und von denen jeder Einzelne seine Verantwortlichkeit brüsk ablehnen wird, wenn das Schiff kentert. Jeder Dorfbürgermeister muss sich vor einem Gemeinderat verantworten, wenn das Feuerwehrhaus renoviert werden soll, und wenn es in Europa eine Regierungskoalition gäbe, die es verantworten müsste, dass über Billionen in einer Nachtsitzung entschieden wird, dann wäre dieser heillosen Durchwurstelei schnell ein Ende gesetzt. Die Politiker können ungestraft „alternativlose“ Strategien durchsetzen, die morgen schon wieder Makulatur sind. Wann bietet endlich eine unserer Parteien zu dieser Politik der Alternativlosigkeit eine intelligente Perspektive, bevor das Ganze im Desaster endet und die Rechtsradikalen und Europaskeptiker die Scherben aufsammeln? ■

„So schön sehen Schulden aus“

** Klaus Stocker ist Professor an der Georg Simon Ohm Hochschule in Nürnberg. Sein Beitrag erschien zuerst am 16. Juli 2011 in der Wochenendausgabe der „Süddeutschen Zeitung“ als Leserbrief.*

Rosta BUCHLADEN

Aegidiistr. 12, 48143 Münster
Tel: 0251/449926, Fax: 54497
e-mail: rosta.buchladen@muenster.net

Die Alternative in Münster für jede Art von Literatur:
-Erzählerinnen aus aller Welt
-Kultur- und Sozialwissenschaften
-aktuelle politische und philosophische Diskussion
-Besorgung aller lieferbaren Bücher

STADT MÜNSTER
Presseamt
Mehr als ...
Ludgeri & Lamberti
muenster.de

In dieser Urlaubssaison fällt es oft schwer zwischen normalen touristischem Verhalten oder dem Interesse an spekulativen Immobilienkäufe zu unterscheiden.
Foto: Manuela Jürgens

WENIGER URLAUB FÜR DIE SÜDEUROPÄER?

Der Wählerstimmenfang setzt vernünftiges Debattieren außer Kraft. Die rationale Auseinandersetzung wird beiseitegeschoben, an niedere Instinkte gerührt.

Von Heiner Flassbeck

Nun ist es endlich raus, was schief läuft in Euroland. Frau Merkel sagt (laut WELT - online vom 18.5.2011): „Wir können nicht eine Währung haben und der eine kriegt ganz viel Urlaub und der andere ganz wenig. Das geht auf Dauer auch nicht zusammen.“ Jetzt kann man endlich verstehen, warum für die schwere Krise in Euroland offenbar keine Lösung gefunden werden kann. Die europäische Tragödie ist laut der deutschen Bundeskanzlerin die Folge der Weigerung der Südeuropäer, auf Urlaub zu verzichten. Diese Äußerung zeigt aber besser als alles bisher Gesagte, was wirklich die europäische Tragödie ausmacht: Die Unfähigkeit unserer Spitzenpolitiker und ihre ökonomischen Berater auch nur im Ansatz zu begreifen, was eine Währungsunion bedeutet und wie sie funktioniert.

Währungsunion bedeutet nämlich gerade nicht, dass alle gleich sein müssen und die Armen reicher und die Reichen ärmer werden müssen, damit es funktioniert. Das ist Gleichmacherei, die Frau Merkel ansonsten doch strikt ablehnt. Die Urlaubstage, die in einem Land genommen werden, sind vollkommen irrelevant für das Funktionieren einer Währungsunion. Währungsunion heißt nur, dass man sich auf ein gemeinsames Inflationsziel einigt und das für alle Zeiten durchhalten will. Ein niedriges Inflationsziel

„Wie viele Urlaubstage vorgeschrieben sind, sagt rein gar nichts über eine funktionierende Währungsunion aus:“

kann aber auch ein Armer einhalten oder einer, der arm ist und dennoch viel Urlaub machen will. Eine niedrige Inflation zu haben heißt nur, dass man sich an seine eigenen Verhältnisse anpassen muss, also an seine eigene Produktivität, wie die Ökonomen das nennen.

Wie jedes Land seine Produktivität nutzt, ob für höhere Löhne, für mehr Urlaubstage, für mehr Umweltschutz oder für eine bessere soziale Absicherung, ist absolut unwichtig. Wer allerdings dauernd über seinen Verhältnissen lebt, also mehr ausgibt, als er einnimmt, wird in einer Währungsunion hart bestraft, weil er im Handel mit den anderen zurückfällt, mehr importiert als exportiert. Wer sich aber verschulden muss, droht am Ende gar zahlungsunfähig zu werden, wenn die anderen, diejenigen, die unter ihren Verhältnissen gelebt haben, ihn nicht mehr finanzieren wollen.

Schuldenfalle bedeutet, die Zinsen sind so hoch, dass die Zahlungen nicht mehr reichen, Schulden zu tilgen.

Weil das so ist, einigt man sich in einer Währungsunion nicht auf ein Wachstumsziel oder gar auf ein gemeinsam anzustrebendes Einkommen, sondern auf eine gemeinsam anzustrebende Inflationsrate. Die erreicht man, wenn alle monetären Ansprüche in einer Volkswirtschaft, vor allem aber die Löhne, um nicht mehr als das Inflationsziel über der eigenen Produktivitätszuwachsrate liegen. Wird das eingehalten, lebt niemand über aber auch niemand unter seinen Verhältnissen und jeder kann sich auf seine spezifischen Stärker konzentrieren.

Gegen diese einfache Regel hat in den vergangenen zehn Jahren aber Deutschland mehr als jedes andere Land verstoßen. Deutschland hat hemmungslos unter seinen Verhältnissen gelebt, während die Südeuropäer in der Tat etwas über ihren Verhältnissen gelebt haben. Das korrigiert man aber nicht dadurch, dass man den Südeuropäern alle paar Tage um die Ohren haut, sie müssten nun unter ihren Verhältnissen leben, sondern nur dadurch, dass man zugibt, selbst etwas falsch gemacht zu haben, und verspricht, dass man nun selbst für einige Jahre über den eigenen Verhältnissen leben muss, um den anderen eine Chance zur Erholung zu geben.

Wer nicht weiss, wie ein Auto funktioniert, kann es nicht reparieren. Wenn nun alle, die die Auffassung der Bundeskanzlerin teilen, aber auch alle, die ihr nur mit dem Hinweis auf gegenteilige Fakten widersprechen, für ein paar Jahre schweigen würden, weil sie endgültig bewiesen haben, dass sie gar nicht wissen, worum es geht, wäre das endlich der Fortschritt, der der Eurozone eine Chance gibt.

(Erstveröffentlichung : Mai 2011, nachdenkseiten.de)

Heiner Flassbeck, der ehemalige Staatssekretär im Bundesfinanzministerium ist seit 2003 Chefvolkswirt bei der UNO-Organisation für Welthandel und Entwicklung (UNCTAD) in Genf/ Schweiz

So schön der Gedanke, so schön die Idee ist: Der europäische Motor läuft nicht mehr rund.

SCHLECHTER ALS GESTERN ABER BESSER ALS MORGEN

Nach dem Sparpaket kommt die Instrumentenreform

Von Arnold Voskamp

Spannungsbeladene Angelegenheit: Das Bildungsangebot sieht u.a. vor, jedem Kind die Möglichkeit zu bieten, ein Instrument zu erlernen.

Die Arbeitsministerin weiß sich in Szene zu setzen und vielversprechende Standpunkte, Worte und Sätze zu verkünden:

- **die Arbeitsvermittler sollen mehr am Einzelfall nach Ermessen entscheiden, womit sie die Arbeitslosen beim beruflichen Einstieg unterstützen können.**
- **die Arbeitslosen sollen nicht mehr in so viele ungeeignete Maßnahmen gesteckt werden, den umstrittenen 1-Euro-Jobs soll es an den Kragen gehen, es soll jetzt vielmehr „passgenau", „effektiv", „effizient" und „zielführend" in den ersten Arbeitsmarkt gehen.**

Zumindest was die Worte betrifft, geht es in der Arbeitspolitik voll kreativ ab, passgenau, effektiv, effizient und zielführend. Da haben die Berater der Bertelsmannstiftung oder von Roland Berger schon mal was geleistet.

Schauen wir doch einmal dahinter, was das denn heißt, „Instrumentenreform". Das heißt kurz gesagt, es wird billiger. Sogar noch etwas unterhalb von Lidl.

Den dicksten Batzen spart die Arbeitsministerin bei den Förderungen für Existenzgründer. Die Arbeitsvermittler sollen nach ihrem Ermessen entscheiden, ob Arbeitslose eine Förderung erhalten, wenn sie sich als Selbständige aus der Arbeitslosigkeit verabschieden. 1,3 Milliarden wird es billiger, wenn der Anspruch auf eine Förderung abgeschafft wird und die Vermittler entscheiden. Auch soll der einzelne Gründer nicht mehr so viel Geld erhalten. Für ihre Entscheidung werden die beteiligten Fachkräfte im Amt erst mal gründlich Betriebswirtschaft pauken.

Die Förderungen für Existenzgründer sind die erfolgreichsten Arbeitsförderungen, darum haben sie viele Befürworter. Aber auch wenn es ans Eingemachte gehen soll, dann sind sie beliebt, denn da ist noch am meisten zu holen. Die Instrumentenreform soll laut Plan im April 2012 in Kraft treten. Dieser ergiebigste Teil soll aber schon im Herbst 2011 kommen. Umschulungen, aufwendige Fortbildungen sind lange abgeschafft, aber bei den Existenzgründungen geht noch was. Wir erinnern uns mit Mühe an die Ich-AGs,

Bildunterzeile Bildunterzeile Bildunterzeile Bildunterzeile Bildunterzeile Bildunterzeile

Karikatur Jens ??????

vor acht Jahren von Hartz & Co aus der Taufe gehoben, dann eine kurze, heftige Blüte, nach vier Jahren zum Sparen eingedampft und heute schon vergessen. (Vergessen ist ein Akt geistiger Müllabfuhr: Es darf sich gar nicht erst im Langzeitgedächtnis festsetzen, was die ArbeitsmarktpolitikerInnen an Instrumenten entwickeln und reformieren. Oder medizinisch gesehen: Demenz als Mittel der Arbeitspolitik.)

Die MitarbeiterInnen der Arbeitsämter werden nicht nur in Betriebswirtschaft, sondern auch in schulischer Förderung ausgebildet - sie müssen immerhin jetzt auch schon bei den Kinderbildungspaketen entscheiden, ob ein Nachhilfeunterricht sich lohnt. Man kann also davon ausgehen: im Arbeitsamt sitzen die oberkompetenten Sozialklempner für alle ungelösten Fragen - das haben bislang nur viele KritikerInnen übersehen.

Ein dicker Einspar-Posten sind die 1-Euro-Jobs. Einzeln sind sie wahrlich nicht teuer. Von einer früheren Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM) macht man heute drei, vier, fünf 1-Euro-Jobs. Weil sie so billig sind, wurden sie bis jetzt viel eingesetzt. In dieser Masse finden sich natürlich auch derbe Missbrauchsfälle. In der Summe kosten sie viel Geld, man kann also gut etwas einsparen.

Trotz der Mängel gibt es Arbeitslose, die 1-Euro-Jobs gesucht haben und suchen. Es braucht vielleicht nicht jeder einen über Arbeit strukturierten Tag. Manchem aber hilft es, wenn er in einer etwas längeren Betätigung erkennt, dass er etwas bewirken kann. Manche Einsatzstellen versuchen tatsächlich noch, 1-Euro-Jobs sozialverträglich durchzuführen.

Wer früher trotz langer Suche keine Arbeit fand und dringend ein Tätigkeitsfeld suchte, dem standen andere, bessere Beschäftigungsmaßnahmen offen. Auch damals ist trotz aller Kritik nicht nur Blödsinn gemacht worden. Das „cuba“ beispielsweise wäre ohne ABM nicht denkbar gewesen. Die Aidshilfe, das Theater im Pumpenhaus, die Schuldnerberatungen und viele andere gute Sachen in Münster sind mithilfe solcher Förderungen auf den Weg gebracht worden.

Nun sind aber zunächst so gut wie alle besser bezahlten Beschäftigungsmaßnahmen abgeschafft, da blieben nur noch die 1-Euro-Jobs. Jetzt sind die dran. Ja, man muss zugestehen, sie sind nicht sehr gut, einige sind ganz schlecht - aber was hat dieser Arbeitsmarkt und was hat dieses Arbeitsministerium den Millionen Langzeitarbeitslosen denn sonst zu bieten? Selbst im Aufschwung bleibt die Zahl der Hartz-IV-BezieherInnen so gut wie konstant. Das Jobcenter kennt am „ersten Arbeitsmarkt“ kaum anderes außer Leiharbeit. In der Leihbranche dauert jede zweite Stelle weniger als drei Monate, der Lohn bringt oft nicht mehr als Hartz-IV und einen beruflichen Einstieg im Ausleihbetrieb gibt es nur als Ideologie. Soll dieser „erste Arbeitsmarkt“ einem Arbeitsuchenden Stabilität und Zukunft verschaffen? Verspricht das mehr als Beschäftigungsmaßnahmen?

Diese Arbeitsmarktpolitik kann man am besten effizient, effektiv, zielführend und passgenau vergessen. Die ist wie des Kaisers neue Kleider. ■

Eine Spielwiese und Begegnungsstätte ganz besonderer Art ist das „cuba“ (Achtermannstrasse in Münster, Nähe Hauptbahnhof)

LEIHARBEITER SIND OFT SOGENANNTE „AUFSTOCKER“

DGB setzt sich für gleichen Lohn für gleiche Arbeit vom ersten Tag an ein

Von Carsten Peters

Die aktuellen Beschäftigungszahlen des statistischen Bundesamtes hat auch der DGB-Kreisverband ausgewertet: Von den 322.000 neuen Jobs waren 182.000 - also 57 Prozent - Leiharbeiterstellen, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. Im zweiten Halbjahr 2010 haben so viele Menschen wie noch nie einen Job als Leiharbeitskraft angenommen. Insgesamt machte demnach die atypische Beschäftigung sogar mehr als 75 Prozent der neu entstandenen Beschäftigungsverhältnisse aus. Dazu zählen, im Unterschied zum Normalarbeitsverhältnis, neben Leiharbeit auch befristete und geringfügige Stellen sowie Teilzeitarbeit unter 20 Stunden pro Woche. Die Zunahme des Leiharbeitssektors ist auch in Münster spürbar: Es gibt auch in unserer Stadt, die als reich gilt, 48 Leiharbeitsfirmen.

Im Juli versuchte die Zeitarbeitsfirma „Verführt“ mit einer Werbekampagne - zum Einsatz kamen13 Großplakate und 4 sogenannte „Citylight-Displays - das ramponierte Image der Leiharbeit zu schönen.

48 Unternehmen in Münster

Faktisch ist die Leiharbeit ein profitables Geschäft auf dem Rücken und zulasten der Beschäftigten. Wäre es dies nicht, gäbe es auch in Münster nicht allein 48 Firmen auf diesem Sektor. Auch in Münster haben Unternehmen firmeninterne Leiharbeitsfirmen gegründet. Das Resultat sind unterschiedliche Lohnniveaus in einem Unternehmen. Hierbei geht es nicht darum, „Produktionsspitzen“ abzufedern und vorübergehend die Zahl der Beschäftigten für einen befristeten Zeitraum zu erhöhen. Das mittelfristige Ziel ist es, den Druck auf die Festangestellten und deren Lohnniveau zu erhöhen.

Konkrete Auswirkungen für die einzelnen Beschäftigten

Die konkreten Auswirkungen der Leiharbeit vor Ort sehen so aus: Im Bereich der Arbeitsagentur Münster haben die 2.535 Leiharbeitskräfte Ende 2009 im Schnitt nur 1.406 Euro verdient. Dies sind 1.509 Euro weniger als Vollzeitbeschäftigte in Münster verdienen. Im verarbeitenden Gewerbe ist der Unterschied noch größer: Minus 1.668 Euro. Rund 29% der Leiharbeiter verdienen unter 1.200 Euro und rund 26% von 1.201 Euro bis 1.500 Euro im Monat. Es handelt sich hierbei um Bruttoverdienste. Viele Leiharbeiter sind auf ergänzende Zahlungen nach Hartz IV angewiesen („Aufstocker“ bzw. „Ergänzer“). Dies sind die jüngsten verfügbaren Zahlen.

Ungleichbehandlung entzieht Beiträge

Qualitätsproduktion und Exportweltmeister mit billiger Leiharbeit - das geht auf Dauer nicht zusammen. Das Zwei-Klassen-System am Arbeitsmarkt darf nicht weiter zemen-

Carsten Peters ist stellv. DGB-Kreisverbandsvorsitzender Münster

tiert werden. Die Praxis der Leiharbeit führt zur Ungleichbehandlung gleicher Arbeit und entzieht den betroffenen Beschäftigten Jahr für Jahr Einkommen in Milliardenhöhe. Mit fatalen Folgen: Den Sozialkassen fehlen Beiträge, dem Staat Steuermittel und den Menschen Kaufkraft und der Binnenwirtschaft Nachfrage.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – gewerkschaftliche Forderungen

Der Anstieg der Leiharbeit zeigt zudem, dass Leiharbeitskräfte als prekär Beschäftigte das unternehmerische Risiko tragen müssen.

Die letzte Reform des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes zur beabsichtigten Behebung dieser Missstände reicht nicht aus. Die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass reguläre Beschäftigungsverhältnisse statt Leiharbeit gefördert werden. Eine verantwortungsvolle Arbeitsmarktpolitik muss die Arbeits- und Lebensbedingungen verbessern und Chancen eröffnen.

Der fordert die Einführung des Prinzips gleicher Lohn für gleiche Arbeit – und die hierfür vor Jahren bereits erlassene EU-Richtlinie auch in Deutschland. Das Synchronisationsverbot (ein Arbeitnehmer kann für die gleiche Tätigkeit immer wieder neu eingestellt werden, Aufhebung der Wiedereinstellungssperre) soll als Anreiz, dass Leiharbeitskräfte von den Leiharbeitsunternehmen unbefristet angestellt werden, wieder eingeführt werden. Die Leiharbeit darf kein Instrument für Lohnsenkungen und Bremse für reguläre Beschäftigung sein. Ein Mindestlohn in der Leiharbeit ist wichtig, reicht aber bei Weitem nicht aus, um das Lohndumping zu stoppen. Der DGB setzt sich dafür ein, dass per Gesetz gleicher Lohn für gleiche Arbeit in der Leiharbeit ab dem ersten Tag sichergestellt wird.

Wichtig: Lohnnachforderungen stellen! Denn der Rückzahlungsanspruch kann bis 2004 zurückreichen.

Für eine Gruppe von Leiharbeitern im Münsterland geht es um richtig viel Geld. Nachdem das Bundesarbeitsgericht mit seiner Entscheidung vom 12. Dezember 2010 die Leiharbeitsverträge der so genannten Christlichen Gewerkschaften für nichtig erklärt hat, müssen Leiharbeiter auch rückwirkend wie vergleichbare Arbeitnehmer in den jeweiligen Entleihbetrieben entlohnt werden. Nichtig sind Tarifverträge der Organisationen CGZZP, CGM, DHV, ALEB, BiGD, und Medsonet.

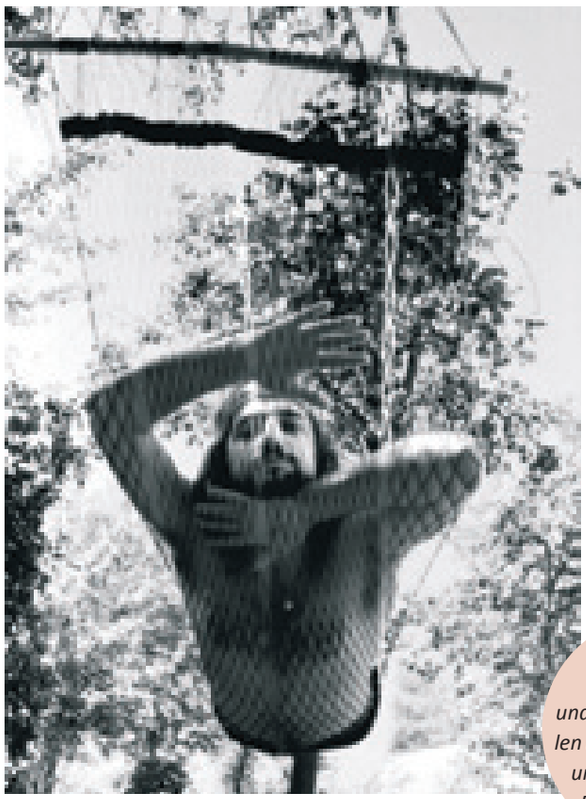
Da Leiharbeitnehmer durchschnittlich 40 bis 50 Prozent schlechter entlohnt worden sind, können sich ihre Nachforderungen je nach Beschäftigungsdauer auf mehrere Tausend Euro belaufen. Der Rückzahlungsanspruch der Leiharbeiter kann bis Dezember 2004 zurückreichen und beginnt nicht erst mit dem Datum des Urteils des Bundesarbeitsgerichts.

Leiharbeitnehmer, die Mitglied einer DGB-Gewerkschaft sind, erhalten nach Rücksprache mit ihrer Gewerkschaft kostenlosen Rechtsbeistand durch den DGB-Rechtsschutz. ■

WIDER DEN POPULISMUS

Studie zu Familienarmut räumt auf mit Klischee von faulen Arbeitslosen, die an ihren Kindern sparen

Von Ralf Wurzbacher



Missbrauch gibt es überall und die Mär der sozialen Hängematte ist ein ungerechtfertigtes Randphänomen.

Heute taugt nur noch zum »Sozialpolitiker«, wer auch richtig gegen Erwerbslose hetzen kann. Dieser Tage hatte Bayerns Sozial- und Arbeitsministerin Christine Haderthauer (CSU) ihren großen Auftritt. Die Gesellschaft könne sich das »Motto, wer arbeitet, ist doof, nicht gefallen lassen«, und »Hartz IV darf nicht zum Lebensstil werden«, zog sie am Wochenende in der Passauer Neuen Presse vom Leder. »Durch die hohe soziale Absicherung bei uns ist offensichtlich zu wenig Leidensdruck vorhanden.« Abhilfe bringe deshalb »soziale Begleitung«, Vermittlung von »Lebenskompetenz« und ein erweitertes »Portfolio der Maßnahmen« der Jobcenter. Das hat gesessen: Die Tirade schaffte es in die Schlagzeilen, löste den üblichen »Sturm der Entrüstung« bei Opposition und Verbänden aus und hallte damit noch länger nach.

Das Klischee vom faulen, schmarotzenden und verwahrlosten Hartz-IV-Empfänger ist auch deshalb so hartnäckig, weil es sich schwer widerlegen läßt. Als Opfer ständiger Diffamierungen ziehen Betroffene eher verschämt den Kopf ein, als Einblicke in ihren oft bedrückenden Alltag zu geben. Von besonderem Wert ist deshalb eine neuere Studie des Diakonischen Werks Braunschweig und der Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz, die Ende April vorgelegt wurde. Laut Initiatoren handelt es sich dabei um die »wohl umfangreichste Untersuchung zum Thema Familienarmut, die in den letzten fünf Jahren auf kommunaler Ebene durchgeführt wurde«. In ihrem Rahmen haben 311 Familien mit geringem Einkommen, die ALG II, Sozialgeld, Sozialhilfe, Wohngeld oder Kinderzuschlag erhalten, in umfassenden Interviews ihre Lebenswirklichkeit zur Sprache gebracht.

Die Erhebung »Wirksame Wege ... gestalten«, räumt dabei mit einer Reihe gängiger Vorurteile auf. Dazu gehört jenes, wonach Eltern im Leistungsbezug vornehmlich an ihren Kindern sparen würden. Gefragt nach den Dingen, auf die wegen Geldmangels verzichtet werde, steht der Bedarf der Kinder mit einer Nennung von 24 Prozent auf dem letzten von 14 Rangplätzen. Zu den am häufigsten genannten Verzichtskategorien zählen dagegen Urlaub (93 Prozent), Kleidung (89), Kulturangebote (88), Geschenke (70), Sport (64) und Fortbewegung (62). Immerhin noch 58 Prozent der Befragten machen Abstriche bei Kaffee, Alkohol und Zigaretten. Damit müßte sich auch das Zerrbild vom saufenden, rauchenden, vor dem Fernseher lungernden Familienvaters erledigt haben.

Gegen die Vernachlässigung des Nachwuchses sprechen weitere Indizien: Bei insgesamt 13 Antwortmög-

Der Populismus verzerrt die Wirklichkeit bis zur Nichterkennbarkeit.

lichkeiten wünschen sich Eltern am zweithäufigsten (48 Prozent) mehr Unterstützung bei schulischen Problemen, nur im Umgang mit Behörden besteht größerer Hilfsbedarf (57). Auch schicken einkommenschwache Eltern ihre Kinder nicht seltener in Ganztagsschulen. Es sei ihnen »mehrheitlich nicht egal«, wie die Bildungskarriere ihrer Kinder verlaufe, heißt es in der Studie. Doch Sozialministerin Haderthauer weiß es besser: »Es gibt Familien, in denen die schulpflichtigen Kinder die einzigen sind, die morgens noch aufstehen«, tönte sie in besagtem Interview. So schert man alle über einen Kamm. Als Populistin braucht sie auch keine Belege für die Unterstellung, daß mit langer Arbeitslosigkeit die »Produktivität abnimmt« und Betroffene deshalb erst »einsatzfähig gemacht« werden müßten.

In der Studie zur Familienarmut äußerten sich lediglich sechs von 73 Haushalten, in denen ergänzende Hartz-IV-Leistungen bezogen werden, »zufrieden« mit ihrer Situation. Knapp 83 Prozent derjenigen, die die Frage beantworteten, gaben an, lieber mehr arbeiten zu wollen, um nicht länger auf staatliche Leistungen angewiesen zu sein. Nicht ein einziges Mal wurde dafür gestimmt, »gar nicht arbeiten und ausschließlich von ALG II leben« zu wollen. Entsprechend fällt das Fazit von Braunschweigs Diakonie-Direktor Lothar Stempin aus: »Das sind keine Faulpelze, die in der sozialen Hängematte liegen – im Gegenteil: Sie versuchen viel, um ihre Lage zu verbessern, und sparen zuletzt an ihren Kindern.«

(Erstveröffentlichung: „Junge Welt" vom 19.05.2011) ■

??????????

STADT MÜNSTER
Presseamt

Ganz Münster auf einen Klick
Infos und Service im Stadtnetz publicom

www.muenster.de
Portal für Münster und das Münsterland

www.muenster.de/verkehr
Infos zu Fahrrad, Bus, Bahn und Auto

www.muenster.de/stadt
Rat, OB, Ämter, Vorlagen, Vordrucke online

www.muenster.de/medien
News aus der Stadt, Medien in Münster

www.muenster.de/stadt/sozialamt
Sozialhilfe, Hilfen bei Pflege und Behinderung

www.muenster.de/buergernetz
Gruppen, Vereine und Bürger im Netz

TIPPS, KURZBERICHTE UND MELDUNGEN

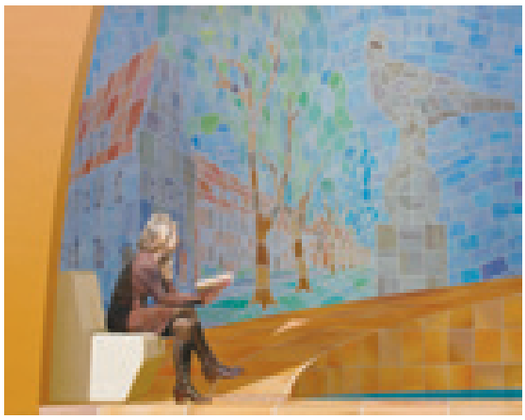
PERSONALAUSWEISKOSTEN FÜR BEDÜRFTIGE

Die WM ist vorbei, aber die Sperre bleibt am Ball, z.B. bei den Perso-Gebühren. Der neue Ausweis ist wegen staatlicher Auflagen sehr teuer. Der Staat überwälzt die Kosten zwangsweise auf die einzelnen Bürger, diese kommen nicht dran vorbei. In der letzten Frühjahrsausgabe hatten wir berichtet: Die Passbehörde kann Bedürftigen die Gebühren für den neuen Personalausweis von 28,80 Euro erlassen. So steht es in der Personalausweisgebührenverordnung. Die Stadt Münster hatte auch entsprechend gehandelt und bei Vorlage eines Hartz IV- oder Sozialhilfe-Bescheides die Gebühren erlassen. Inzwischen tut sie es offensichtlich nicht mehr, so berichten BezieherInnen von Alg II. Begründung: Im Regelsatz seien die Gebühren enthalten. Dann stellen wir uns und auch der Politik die Frage: Wer ist denn hierzulande bedürftig? Für wen soll denn die Gebührenbefreiung für Bedürftige gelten, wenn selbst die Berechtigten für die Grundsicherung und die Sozialhilfe als nicht bedürftig gelten? Wir bleiben am Ball und verfolgen die Sache weiter.

(avo)

WAS BIETET DAS „PERSÖNLICHE BUDGET“?

Seit einigen Jahren gibt es für Menschen mit Behinderung einen Rechtsanspruch darauf, bestehende Sachleistungen – z.B. beim Wohnen, bei der Arbeit, in der Freizeit – auch in Form eines Geldbetrages, eines „Persönlichen Budget“ zu bekommen. Das bringt eine Reihe von Fragen mit sich: Für welchen Lebensbereich sollte ich das beantragen, und wie mache ich das? Was muss ich alles dabei bedenken? Für diese und viele andere Fragen hat die LAG SELBSTHILFE NRW e.V. (www.lag-selbsthilfe-nrw.de) eine Informations- und Beratungsstelle eingerichtet. In den weitgehend barrierefreien Räumlichkeiten (FM-Anlage, Treppenlifter, Aufzug) in der Neubrückenstraße 12-14 in Münster unterstützt und berät Herr Oliver Schneider interessierte Personen, die in Münster wohnhaft sind. Neben der Information über das „Persönliche Budget“, steht die Beratung im Einzelfall im Mittelpunkt des Projekts. Zusätzlich zu den offenen Sprechstunden sind Terminvereinbarungen im Rahmen von Hausbesuchen und Informationsveranstaltungen in den jeweiligen Stadtbezirken ausdrücklich vorgesehen. Unter der Telefonnummer 02501 – 54018 können sowohl Gesprächstermin als auch Gesprächsort nach eigenen Vorstellungen vereinbart werden. Bürozeiten sind montags und dienstags jeweils von 08:30 Uhr bis 15:00 Uhr und donnerstags von 11:00 Uhr bis 19:00 Uhr.



So wie manche Bilder, sind auch Beratungssituationen hinlänglich bekannt. Die Beratung der „LAG SELBSTHILFE NRW e.V.“ ist für Betroffene aber tatsächlich hilfreich.

(Pressemitteilung) ■

JOBCENTER IM LÄNDERVERGLEICH

Die Verwaltungskosten steigen und die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit gehen zurück. Es gibt einen neuen Trend bei den Jobcentern: Die Ausgaben für die Verwaltung nehmen zu während die Leistungen für die Eingliederung in Arbeit (1,-€-Job, Weiterbildung etc.) zurück gefahren werden. Im Ländervergleich reichen die Mehrausgaben für die Verwaltung von 11 Prozent in Bayern bis 2,7 Prozent in Schleswig Holstein (NRW: plus 6,1 Prozent). Ein ganz anderes Bild ergibt sich bei den Aufwendungen zur Eingliederung in Arbeit. Hier gingen die Ausgaben um 16,8 Prozent in Hessen bis hin zu 0,2 Prozent in Bremen zurück (NRW: minus 6,8 Prozent). Es ist davon auszugehen, dass das Verhältnis Mehrausgaben im Bereich Verwaltung und Minderausgaben bei den Eingliederungsleistungen im Jahr 2011 noch drastischer ausfallen wird. Quelle: Bremer Institut für Arbeitsmarkt und Jugendberufshilfe BIAJ.

(noa)

Das prozentuelle Verhältnis der Verwaltungsausgaben zu den Leistungen für die Eingliederung in Arbeit ist bei den Jobcentern aus dem Lot geraten.

oline und verschiedene Percussionsinstrumente – mit der sie ihre musikalische Weltreise antreten. Neben feurigem Samba und weichen kubanischen Rhythmen, chassidischen, russischen, mazedonischen und orientalischen Klängen spielen sie Eigenkompositionen und stimmungsvolle Melodien voller Sehnsucht, Liebe, Lebenslust und Leidenschaft. Anschließend darf weiter zu Weltmusik getanzt und gefeiert werden. „Wir freuen uns jetzt schon auf den Austausch und die Begegnung mit den Sobi-TeilnehmerInnen und natürlich darauf 33 Jahre Sobi gemeinsam zu feiern. Einige TeilnehmerInnen sind dem Sobi schon seit vielen Jahren, z. T. sogar schon seit der Sobi-Gründung verbunden und dafür möchten wir uns herzlich bedanken. Nur durch die TeilnehmerInnen, bekommt das Sobi ein Gesicht und wird mit Leben, Geschichten und Erfahrungen gefüllt.“ erzählt Mara Stockmann, pädagogische Leiterin und Gründungsmitglied.

(Monielle van der Straten – sobi)
Karten (VVK 7 € | AK 9 €) können im Sobi-Büro gekauft werden.

GANZ ENTSPANNT IM JETZT UND HIER...

Unter dieser Überschrift läutet das fünfköpfige Sobi-Team sein ungewöhnliches Jubiläumsjahr ein. Ende der 70er Jahre entwickelten ungefähr 20 Menschen in gemeinsamer Aufbruchstimmung ein Konzept zum „ Gemeinsam leben und arbeiten“. Sie lebten in drei Wohngemeinschaften und waren vorwiegend StudentInnen, aber auch Berufstätige oder ehemals Berufstätige. Ihr gemeinsames Selbstverständnis war es, Teil der neuen sozialen Bewegungen, der sogenannten Alternativbewegung zu sein (Anti-Atomkraft-, Öko-, Friedens- und Wohngemeinschafts-, und Frauenbewegung,) auf der Suche nach neuen Lebenskonzepten. Nach unterschiedlichen Ansätzen, Diskussionen und verschiedenen Versuchen wurde 1978 der Verein für Jugend und Erwachsenenbildung e.V. gegründet, mit dem Ziel ein Bildungswerk zu gründen. Die ersten Programme enthielten Kurse in den Bereichen Ökologie und Umwelt, Politische Bildung, Technik und Handwerkliches, Sprachen, männliche und weibliche Verhaltensmuster. Mittlerweile ist das Sobi ein fester & etablierter Bestandteil der Münsteraner Weiterbildungslandschaft, wenn auch immer noch „anders“ und genau deshalb wird im September das 33-jährige Sobi-Jubiläum gefeiert. Am 17.9.11 gibt es die große Jubelparty in der Clubschiene mit Live-Musik von „Choco con Chili“. Zartschmelzend wie Schokolade und feurig wie Chili – das ist „Choco con Chili“. Unter diesem Namen haben sich vier Musikerinnen aus Köln zusammengefunden. Die „Chocos“ verzaubern ihre Zuhörer mit einem einzigartigen Repertoire an Melodien und traditionellen Liedern aus verschiedenen Kontinenten – alles neu arrangiert. Ebenso bemerkenswert ist auch die Auswahl ihrer Instrumente – Akkordeon, Gesang, Ukulele, Vi-

TIPPS, KURZBERICHTE UND MELDUNGEN

Augen auf das Kleingedruckte in Verträgen richten – so manches Detail stinkt zum Himmel.

ACHTUNG! PRIVATE ARBEITSVERMITTLUNG

Wer heute einen Job sucht, kommt häufig an eine private Arbeitsvermittlung nicht mehr vorbei. Ein Vermittlungsgutschein des Jobcenters macht die Dienstleistung für Arbeitslose immerhin kostenlos. Aber Vorsicht ist geboten: wer einen Vermittlungsvertrag bei einem privaten Arbeitsvermittler abschließt, sollte genau hinsehen, was sie/er da unterschreibt.

Ein besonderes Augenmerk verdient in diesen Verträgen die Rubrik „Aufgaben und Pflichten der/des Arbeitsuchenden". In manchen Verträgen wird Arbeitslosen eine Vertragstrafe angedroht, wenn sie zu einem vereinbarten Vorstellungstermin nicht erscheinen. Das können dann schnell mal 75,- Euro plus Mehrwertsteuer sein.

Auch sollten sich Arbeitslose genau überlegen, wem sie was über offene Stellen erzählen. Die Weitergabe von Informationen an Dritte, die frau/man vom privaten Arbeitsvermittler erhalten hat, kann im Einzelfall mit 2000,- Euro zu Buche schlagen. Auch kann es problematisch werden, wenn bei der Profilerstellung falsche Angaben gemacht werden. Falls Fertigkeiten angegeben werden, über die frau/man dann doch nicht verfügt, kann es ebenfalls zu einer Geldstrafe kommen.

Problematisch kann es auch werden, wenn die/der ehemals Arbeitslose innerhalb der ersten sechs Wochen der vermittelten Beschäftigung kündigt. Nicht nur das Jobcenter wird in diesen Fällen Fragen zu den Kündigungsgründen haben und unter Umständen die Leistungen kürzen. Auch die private Arbeitsvermittlung kann dann – unabhängig von den Gründen der Kündigung - eine Vertragstrafe in Höhe von 1000,- Euro verhängen.

Die beschriebenen Vertragsklauseln haben nicht alle privaten Arbeitsvermittler in ihrem Angebot. Auch hier gilt: Es gibt solche und solche. Umso Wichtiger ist es, vor dem Abschluss eines Vertrages das Kleingedruckte genau zu studieren.

(noa)

Das Kennenlernen der SPERRE-Redaktion bietet zwar keinen Arbeitsplatz, dafür aber eine angenehme und interessante Schnupper- und Arbeitsatmosphäre.

AUFRUF ZUR OFFENEN REDAKTIONSSITZUNG

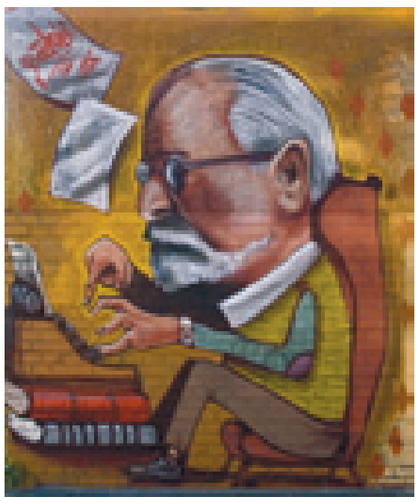
Die Vereinsinitiative „Arbeitslose brauchen Medien“ versteht sich seit Beginn als offenes Projekt, an dem sich Interessierte Leute und Betroffene beteiligen können. Das gilt gleichermaßen für die Zielsetzung unsere Vierteljahreszeitschrift die „SPERRE“. Um es ganz populär auszudrücken: Wir sperren uns nicht gegen neugierige Neuzugänge, die Lust haben unsere gemeinnützige Tätigkeit kennenzulernen. Sich bei uns mit Talenten und Vorlieben einzubringen, ist uns eine willkommende Angelegenheit. Die SPERRE–Redaktion trifft sich regelmäßig jeden Dienstag um 16:00 Uhr in den Arbeitsräumen, dem Redaktionsbüro am Berliner Platz 8 (5.Stock). Wir würden uns über jede kurze und spontane Anmeldung freuen, am besten per Telefon (0251 – 511.121). Wenn Sie sich also angesprochen fühlen, schauen Sie vorbei. Übrigens sind wir, wenn es Sie nicht stört auch schnell beim kollegialen und freundschaftlichem „DU“. Oder wie Herbert Wehner beizeiten eine Verlegenheit konterte: Das können Sie halten, wie Du willst!

(c.t.)

JOBCENTER SCHICKEN ARBEITSLOSE ZUM PSYCHOLOGEN

Arbeitslose sollen ihre Fähigkeiten besser einschätzen können. Die Bundesagentur will laut Bericht dafür ein neues Programm auflegen. Die Bundesagentur für Arbeit (BA) wird vom kommenden Jahr an in den Arbeitsagenturen und Jobcentern ein neues Programm einführen, mit dem Arbeitslose ihre Kompetenzen und Talente besser erkennen sollen. „Wir wollen künftig stärker auf die Stärken als auf die Schwächen unserer Kunden schauen“, sagte BA-Geschäftsführer Markus Schmitz der „Süddeutschen Zeitung“. Das neue Angebot nennt sich „Kompetenzdiagnostik“. Es besteht den Angaben zufolge aus vier Bausteinen, die sich wahlweise nutzen lassen und sowohl für die Empfänger von Arbeitslosengeld I wie auch für langzeitarbeitslose Hartz-IV-Bezieher infrage kommen. Ein Fragebogen solle helfen, das eigene Verhalten im Berufsleben besser einschätzen zu können. Bei einem weiteren computergestützten Test wird die Fähigkeit geprüft, Probleme zu erfassen und zu lösen. Dritter Baustein ist ein Interview mit einem Psychologen; vierter der mögliche Besuch eines Assessment-Centers an einem Standort der Bundesagentur. Inwieweit die gut 300 Jobcenter und 176 Arbeitsagenturen den neuen Werkzeugkasten mit den vier neuen Dienstleistungen vom nächsten Jahr an nutzen wollen, können sie selbst entscheiden.

(www.welt.de)



Zu Beginn seiner medizinischen Karriere behandelte Sigmund Freud vorzugsweise sogenannte „hysterische Frauenzimmer“. Dass an deren Ende die Untersuchung Arbeitssuchender steht, hätte er sich nicht erträumt. Oder deuten wir da etwas falsch?

Impressum

SPERRE . SOMMER / HERBST 2011

Herausgeber

abm e. V. (Arbeitslose brauchen Medien)
Berliner Platz 8 - 48143 Münster
Telefon: 0251 - 511.121
Internet: www.sperre-online.de
E-mail: sperre@muenster.de

Redaktion

Peter Andres
Norbert Attermeyer (noa)
Andreas Bügler
Mechtild „Mecky“ Drees (Mitarbeit)
Reem Khalil (Mitarbeit)
Rupert Klassen
Christoph Theligmann (c.t.) (Schlussredaktion und V.i.S.d.P.)
Arnold Voskamp (avo)
Jens Wellmann
Rainer Wunderlich (Bildredaktion)

Gestaltung - Layout - Titel

Ulrike Goj (goj-grafik@web.de)

Webdesign www.sperre-online.de

Rafael Warzecha

Bildquellen

Rainer Wunderlich

Anzeigen/Spenden

Maria Hamers, Rupert Klassen, Ulrich Wieners

Bankverbindung:

Sparkasse Münsterland Ost
BLZ 400 501 50 - Konto 4011797

Auflage

5.000 Exemplare

Bezug

Per Versand zum Selbstkostenpreis / als Förderabonnement

Verteilung

Kostenfrei an Auslagestellen im Innen-Stadtgebiet Münsters
(Neue Interessenten wenden sich bitte an den Herausgeber)

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Das Urheberrecht für Text- und Bildbeiträge liegt bei den Autorinnen und Autoren. Jedwede Nutzung, auch der auszugsweise Nachdruck, bedarf der Genehmigung. Leserbriefe bitte an den Herausgeber. Wir freuen uns über jede Zuschrift. Anonyme Leserbriefe veröffentlichen wir nicht. Das Recht, zu kürzen, behalten wir uns vor.

Nächste Ausgabe

Dezember 2011

Redaktionsschluss

11.11. ‘11

Anzeigenschluss

18.11.‘11

Urteile & Tipps

von Andreas Bügler

Instandhaltungskosten bei Eigenheim

Zu den Kosten der Unterkunft und Heizung zählen bei selbst genutzten und vermögensgeschützten Immobilien auch die Instandsetzungs- und -haltungskosten. Diese dürfen nicht zu einer Wertsteigerung der Immobilie führen und müssen notwendig und angemessen sein.

Notwendig ist der Einbau einer neuen Haustür, wenn deren Funktion nicht mehr gegeben ist und eine (preisgünstigere) Reparatur nicht möglich ist.
Angemessen ist eine Haustür einfacher Machart, wie sie in Baumärkten angeboten wird. Hinzu kommen die Kosten für den Einbau durch einen örtlichen Handwerksbetrieb. Ob eine teurere Tür langlebiger und auf Dauer wirtschaftlicher ist, ist nicht von Bedeutung. Maßgeblich ist darauf abzustellen, ob auch ein vernünftig denkender, kostenbewusst kalkulierender Hauseigentümer mit geringen Einkünften zu einer solchen Tür greifen würde.
Die Kosten für den Stromverbrauch der Heizungsanlage dürfen gem. § 202 SGG i.V.m. § 287 Abs. 2 ZPO geschätzt werden. Dabei sind die durchschnittliche Laufzeit einer Heizung pro Jahr, die elektrische Leistungsaufnahme sowie der Strompreis relevant.
Wer kein Wohngeld für die im Haushalt lebenden, wegen eigenen Einkommens (Kindergeld und Unterhaltsvorschuss) nicht nach dem SGB II leistungsberechtigten Kinder beantragt, um künftig die Anrechnung des Wohngeldes auf den Gesamtbedarf zu vermeiden, hat jedenfalls im Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes keinen Anspruch auf höhere SGB II Leistungen.

(LSG Sachsen-Anhalt Beschluss vom 03.01.2011 - L 5 AS 423/09 B ER –)

Fahrgeld bei Bildungsmaßnahmen

Wenn einem SGB II – Bezieher eine Weiterbildungsmaßnahme nach den Vorschriften des SGB III bewilligt wird (über § 16 Abs.1 S. 2 SGB II), dann hat er Anspruch i.H. v. 20 Cent pro Kilometer. Dies bezieht sich auf mit dem Auto gefahrene Kilometer über die gesamte Wegstrecke zur Maßnahme hin und zurück.

Eine entsprechende Anwendung des Pauschbetrages für vom Einkommen absetzbare Fahrtkosten aus der ALG II Verordnung kommt nicht in Betracht.

(BSG vom 06.04.2011 - B 4 AS 117/10 R –)

Verwertung einer Lebensversicherung

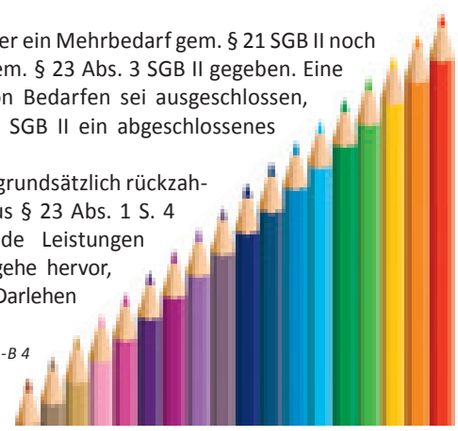
Bleibt bei der Verwertung einer Lebensversicherung der Rückkaufswert um ca. 8,3 % hinter den eingezahlten Beiträgen zurück, liegt keine Härte i.S.d. § 90 Abs. 3 S. 1 SGB XII vor.

(SG Karlsruhe Urteil vom 27.01.2011 - S 4 SO 3716/09 –)

Schulbedarf

Kein Anspruch auf Übernahme der Aufwendungen für Schulbedarfe (Schuljahr 2006/2007) als Zuschussleistung nach dem SGB II und auch nicht als atypischer Bedarf nach SGB XII..
Als Darlehen gewährte Leistungen sind grundsätzlich zurückzuzahlen.
Der Schulbedarf ist auch nicht vom Kindergeld als zur Bedarfsdeckung dienendes Einkommen bei den Hilfsbedürftigen vorab in Abzug zu bringen.
Das BSG sieht hier weder ein Mehrbedarf gem. § 21 SGB II noch einen Sonderbedarf gem. § 23 Abs. 3 SGB II gegeben. Eine weitere Festlegung von Bedarfen sei ausgeschlossen, da die Regelungen im SGB II ein abgeschlossenes System bildeten.
Das Darlehen sei auch grundsätzlich rückzahlungspflichtig, denn aus § 23 Abs. 1 S. 4 SGB II „Weitergehende Leistungen sind ausgeschlossen" gehe hervor, dass rückzahlungsfreie Darlehen nicht vorgesehen seien.

(BSG Urteil v. 10.05.2011 -B 4 AS 11/ 10 R-)



Erstattungsanspruch bei nicht zusätzlichem 1-€-Job

Wenn ein 1-€-Job nicht zusätzlich i.S.d. SGB II ist und daher nicht hätte ausgeführt werden dürfen, hat der 1-€-Jobber einen öffentlich-rechtlichen Erstattungsanspruch gegenüber dem Jobcenter. Hierbei wird das übliche Arbeitsentgelt für die Tätigkeit zugrundegelegt abzüglich der erhaltenen SGB II – Leistungen einschließlich der Beiträge für die Sozialversicherung. Es dürfen aber nur die Leistungen für die Tage angerechnet werden, an denen die Tätigkeit tatsächlich ausgeübt wurde; nicht für die Monate insgesamt, in denen der 1-€-Job bestand.

(BSG vom 13.04.2011 - B 14 AS 98/10 R –)

Widerspruch gegen 1-€-Job-Angebot

Widerspruch und Klage gegen einen Vermittlungsvorschlag in eine Arbeitsgelegenheit sind zulässig. Dies stellt eine Verbesserung der bisherigen Situation dar, wonach man sich erst dagegen wehren konnte, wenn man wegen Nichtantritt oder Abbruch der Maßnahme eine Sanktion bekommen hatte.

(BSG vom 13.04.2011 - B 14 AS 101/10 R –)

Misstandsveröffentlichung

Ein Staat muss einem Arbeitnehmer einen angemessenen Ausgleich (Schadenersatz) gewähren, wenn dieser berechtigterweise Missstände bei seinem Arbeitgeber öffentlich macht, daraufhin gekündigt wird und seine Kündigungsschutzklage bei den nationalen Gerichten erfolglos bleibt.

Die Beschwerdeführerin hatte als Altenpflegerin Missstände in ihrem Betrieb öffentlich gemacht und Strafanzeige gegen ihren Arbeitgeber erstattet. Ihre Klage gegen die daraufhin erfolgte Kündigung blieb bei den deutschen Gerichten erfolglos.

Der EGMR entschied nun, dass die Bundesrepublik Deutschland an die Beschwerdeführerin eine Entschädigung i.H.v. 15.000,- € zahlen muss, weil die deutschen Gerichte keinen angemessenen Ausgleich zwischen den Interessen der Parteien herbeigeführt hätten. Zwar sei nach ständiger Rechtsprechung der deutschen Arbeitsgerichte eine Strafanzeige gegen den Arbeitgeber ein „wichtiger Grund“ für eine fristlose Kündigung (Verletzung der Loyalitätspflicht), aber in diesem Fall habe das Recht auf Meinungsfreiheit den Vorrang.

Das Gericht nimmt in der Urteilsgründung eine Güterabwägung vor. Es erkennt zunächst das Interesse des Arbeitgebers auf den Schutz seines Rufes an. Aber gleichzeitig stellt es Kriterien auf, bei denen das veröffentlichen von Missständen durch Arbeitnehmer gerechtfertigt sein können.

- Zunächst müssen die Informationen über die Mängel von öffentlichen Interessen sein.
- Der Arbeitnehmer darf nicht wissentlich oder leichtfertig falsche Angaben machen.
- Erfolgte innerbetriebliche Beschwerden müssen wirkungslos geblieben sein und es muss auch in Zukunft diesbezüglich keine Änderung zu erwarten sein.
- Schließlich ist noch eine Güterabwägung im konkreten Einzelfall vorzunehmen.

Kommentar:

Dieses Urteil weckt auf den ersten Blick Hoffnungen, dass Arbeitnehmer nun offensiver Missstände am eigenen Ar-

Hier ist noch Platz
?????????
für eine Anzeige
??????????
oder
??????????

beitsplatz angehen könnten. Aber angesichts der immer noch strengen Voraussetzungen und des relativ geringen Entschädigungsbetrages, werden diese Hoffnungen wohl enttäuscht.

(Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR):

Urteil vom 21.07.2011 Beschwerdenummer 28274/08 noch nicht rechtskräftig)

Wohnung für unter 25-Jährige

Foto: „Ernst Thormann 1932 Arbeiterfotograf"

Ein Hilfebedürftiger, der das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, muss eine Zusicherung nach § 22 Abs. 2a s. 1 SGB II auch dann einholen, wenn der Wohnungswechsel nicht mit dem erstmaligen Bezug einer eigenen Wohnung verbunden ist. Dass ein Hilfebedürftiger, der das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, nicht mehr im Elternhaus lebt, stellt für sich genommen keinen sonstigen, ähnlich schwerwiegenden Grund i.S.d. § 22 Abs. 2a s. 2 Nr. 3 SGB II dar; sind die Eltern zur Aufnahme des Kindes bereit und steht im elterlichen Haushalt ausreichender Wohnraum zur Verfügung, so kann der hilfebedürftige junge Erwachsene auf den bei seinen Eltern zur Verfügung stehenden Wohnraum verwiesen werden.

(LSG Berlin-Brandenburg Beschluss vom 26.11.2010 - L 5 AS 1880/10 ER –)

Einkommen bei Pfändung

Auch der gepfändete Teil des Einkommens fällt unter § 11 SGB II. Daher muss sich der Leistungsbezieher grundsätzlich gegen eine Pfändung wehren um den Bezug von steuerfinanzierten, existenzsichernden Sozialleistungen zu vermeiden oder zu verringern. Dies gilt jedoch nicht, wenn es ihm aus rechtlichen Gründen nicht oder nicht ohne weiteres möglich ist, eine erfolgte Pfändung rückgängig zu machen. Dann steht der gepfändete Einkommensteil nicht zur Bedarfsdeckung zur Verfügung.

(BSG vom 10.05.2011 - B 4 KG 1/10 R –)

Medizinische Hautpflegemittel

Der regelmäßige Bedarf an Hautpflegemittel zur Behandlung von Neurodermitis ist ein unabweisbarer Mehrbedarf i.S.d. § 21 Abs. 6 SGB II.

Der ALG II - Bezieher benötigte für die Behandlung seiner Neurodermitis einen monatlichen Betrag i.H.v. ca. 100,- €. Der Leistungsträger lehnte die Übernahme dieser Zusatzkosten ab mit der Begründung man müsse die Salbe nur dünn genug auftragen, dann würden die Aufwendungen für das Pflegemittel die Zumutbarkeitsgrenze von 10% der Regelleistung deutlich unterschreiten.

Das Gericht sah eine solche Einsparmöglichkeit nicht gegeben.

Es stellte klar, dass die pauschalierte Regelleistung nur einen durchschnittlichen Bedarf decken könne. Das verwendete Statistikmodell berücksichtige gerade keinen in Sonderfällen auftretenden Bedarf nicht erfasster Art oder atypischen Umfangs.

(SG Bremen Beschluss vom 18.02.2011 - S 22 AS 2474/10 ER –)

ZEIT FÜR MITBESTIMMUNG /// ZEIT FÜR DEN MÜNSTERPASS /// ZEIT FÜR REGENERATIVE ENERGIEN /// ZEIT FÜR PREISWERTE WOHNUNGEN /// ZEIT FÜR MEHR KINDERBETREUUNG /// ZEIT FÜR GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT ZEIT FÜR DIE VERKEHRSWENDE /// ZEIT FÜR EIN NEUES SÜDBAD /// ZEIT FÜR BÜRGERINNEN- UND BÜRGERRECHTE /// ZEIT FÜR DATENSCHUTZ /// ZEIT FÜR WELTOFFENHEIT /// ZEIT FÜR „EINE SCHULE FÜR ALLE“ /// ZEIT FÜR EINE STADTBAHN /// ZEIT FÜR EINE NACHHALTIGE WIRTSCHAFT /// ZEIT FÜR EINEN NEUEN HAUPTBAHNHOF /// ZEIT FÜR KLIMASCHUTZ ZEIT FÜR BARRIEREFREIHEIT /// ZEIT FÜR EINEN SAUBEREN RASEN ///

ZEIT FÜR GRÜN.

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
GAL MÜNSTER
WWW.GRUENE-MUENSTER.DE

MALTA

Münsters ArbeitsLosenTreff Achtermannstraße

Termine:

Mo	09:00 - 16:00	Bewerbungen schreiben, Stellensuche
	16:00 - 17:30	Deutsch für Anfänger
	18:00 - 19:30	Spanisch-Kurs
	20:00	Filmabend, jeden 1. Mo. im Monat
Di	09:00 - 14:00	Bewerbungen schreiben, Stellensuche
	14:00 - 16:00	Ideenschmiede
	16:30 - 18:30	Dialoggruppe „Mehr Lebenqualität"
Mi	09:00 - 10:00	Forum Plus
	10:00 - 12:00	Schreibwerkstatt (14-tägig, SPERRE-Büro, Berliner Platz 8)
	10:00 - 12:00	Der Pflanzendoktor
	12:00 - 14:00	Teamsitzung
	14:00 - 16:00	Offener Treff
	16:00 - 17:000	Stimmbildung
	17:30	MALTA – Chor
Do	09:30 - 10:45	Frauen-Frühstückstreff (D.I.W.A.)
	10:00 - 12:00	**Nur für Frauen:** Bewerbungen schreiben, Stellensuche
	12:00 - 14:00	Offener Treff
	14:00 - 18:00	Allgemeine Beratung
	18:00 - 20:00	"inbetween" – Zwiegespräch nach Absprache
Fr	10:30 - 13:30	Offenes Frühstück
	13:30 - 16:00	Offener Treff

Von und für Arbeitslose, alle Angebote sind kostenlos!

Achtermannstr. 10 - 48153 Münster - 0251/4140553
www.maltanetz.de - malta@maltanetz.de